

zur Förderung der körperlichen Erziehung, die praktische Ausbildung und hygienische Volkserziehung, die gesundheitlichen Maßnahmen bei der Eisenbahn, Post- und Deeresverwaltung, die Gewerbedeconomie in Sachsen, das Wohnungs- und Siedlungsweesen, die Nahrungsmittelunterwehungsämter, das fischliche Veterinärwesen, Wasser- und Abwasserbeseitigung, die Bekämpfung ansteckender Krankheiten, das Badewesen, die Heilquellen und Kurorte Sachsens, das Radiuminstitut der Bergakademie Freiberg, das Arzneimittelwesen und den Verkehr mit Ossen, die Kranken- und Entbindungsanstalten, die Staatsanstalt für Krantengymnastik und Massage, die Altersheimen, die Krankenpflege, das Krankentransport- und Rettungswesen, die Augenkrankenfürsorge, die Bekämpfung der Krebskrankheit, die Fürsorge für Geschlechtskranke, die Gefährdetenfürsorge, die Fürsorge für Geistes- und Nervenkranken, die Bekämpfung des Alkoholismus und Tabakmissbrauchs sowie das Röntgenwesen, die Blindenfürsorge, die Fürsorge für Taubstumme, Schwerhörige und Sprachkranke, die Krüppelfürsorge, die Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und deren Angehörige, die Einrichtungen der Versicherungsträger, die Strafgefangenen- und Straftassenenfürsorge, die Wohlthätigkeitsvereine und kirchliche Gemeinschaften. Es ist gelungen, in dem Werke zum erstenmal eine abgeschlossene Darstellung der Einrichtungen auf dem Gebiete der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege eines ganzen Landes zu bringen, die nicht nur in Sachsen selbst allen denen, die in diesem Zweige der Volkswirtschaft mitarbeiten, wertvolle Hinweise und Unterstützung gewähren, sondern auch im übrigen Deutschland und auch im Auslande lebhaftem Interesse begegnen dürfte. Das Werk, das mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Leipzig nur an einen beschränkten Kreis der Teilnehmer an der Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte abgegeben werden kann, wird später im Buchhandel käuflich zu haben sein.

Die Girozentralen können die Kreditansprüche der Kommunen nicht mehr befriedigen. Die heutigen Girozentralen, die noch allgemein mit den Sparcassen den Kommunen Kredit gewährt haben, sehen sich gezwungen, offiziell auszusagen, daß sie ihre Hilfeleistung jetzt einstellen müssen. In einem Beschuß, der den Stadtverwaltungen zugeht, heißt es u. a.: Da die Kreditanträge der Kommunalverbände dauernd im Steigen begriffen sind und die den Girozentralen zuzuführenden Mittel hinter dem Bedarf zurückbleiben, sind die Girozentralen nicht mehr in der Lage, den Kreditanträgen in dem gewöhnlichen Maße zu entsprechen. Alle Bemühungen, das Verhältnis zwischen Geldfluß und Kreditanträgen auszugleichen, sind durch die katastrophale Geldentwertung vereitelt worden. Um zu einem nachhaltigen Erfolge zu gelangen, bedürfen die Girozentralen neben Förderung durch Reich und Staat der Unterstützung der Kommunalverbände durch ausgedehnte Sparmaßnahmen.

S. A. Amtsantritt von D. H. W. Zum Nachfolger von D. Dr. Dibelius, Dresden, im Amte des ersten Vorsitzenden des ev.-luth. Landeskonfistoriums ist, wie bereits bekannt, Geh. Kirchenrat Prof. D. H. W. Meißel, Leipzig, gewählt worden. D. H. W. Meißel hat sich zur Annahme dieses Amtes bereit erklärt, und wird am 1. Oktober d. J. vorm. 10 Uhr im Hauptgottesdienste der evangelischen Hofkirche zu Dresden seine Amtseinführung halten. Wie wir hören, wird nach dem Gottesdienste im Sitzungssaale des Landeskonfistoriums eine Begrüßung durch die Vertreter der ev.-luth. Landeskonföderation und durch die Superintendenten des Landes stattfinden. — D. Dr. Dibelius wird am Sonntag, den 24. September, vorm. 10 Uhr, im Hauptgottesdienste der evangelischen Hofkirche seine Abschiedspredigt halten. D. Dr. Dibelius, der im 75. Lebensjahre steht, und kürzlich sein 50jähriges Amtsjubiläum, wenn auch unter angrifflicher Gesundheit, feiern konnte, blüht auf eine reich gefeierte Tätigkeit im Dienste der ev.-luth. Landeskirche Sachsens zurück. Als Pfarrer der Annenkirche zu Dresden, als Stadtsuperintendent von Dresden und seit 1910 als Oberhofprediger hat er sich große Verdienste um das kirchliche Leben Sachsens und besonders auch der Liebeswerke des GutsMuths-Vereins und der Inneren Mission erworben. Sein Name wird in die Geschichte der ev.-luth. Landeskirche Sachsens unauflöslich eingepreßt bleiben und reicher Dank von vielen Tausenden wird ihn bei seinem Scheiden aus dem Amte begleiten!

Landtagskandidaturen in Sachsen. Die Landtagskandidaturen werden die demokratischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Sachsen diesbezüglich sein im Jahre 1920, also für Ostachsen Dr. Dehne, für Westachsen Dr. Senfert. Auch die Abg. Claus und Jähmig werden wieder aufgestellt. Der Vorkandidat der Deutschnationalen Abg. Hofmann kandidiert wieder. Die Kommunisten werden in Ostachsen voraussichtlich Lehrer Schrapel an erster Stelle bringen, ferner den Vertrauensmann der Postaner Abg. Renner. Taggen dürften Stewert und Ebert von der Wilsdruffer Wilsdruffer. In Westachsen werden sie Wötger als Vorkandidat aufstellen. — In einer Sitzung der sächsischen Landesleitung der Arbeitervereinigungen stehenden SPD. und USPD. wurden unter anderem auch die Grundsätze beraten und beschlossen, nach denen die gemeinsamen Kandidatenlisten nach der Stärke der Organisationen in den einzelnen drei Kreisen erfolgen. Die Spitzenkandidaten der gemeinsamen sozialistischen Listen in den drei Wahlkreisen werden voraussichtlich sein: Im Wahlkreise Dresden-Bautzen: Abgeordneter Wirtz (SPD.), im Wahlkreise Leipzig: Ministerpräsident (USPD.) und im Wahlkreise Chemnitz: Minister Hellwig (SPD.).

Strelitz. Am Sonnabend nachmittag verunglückten auf der Hauptstraße der Dampfer Döber von hier mit seinem Besatzungsdienst, daß sie durch einen noch nicht völlig geklärten Umstand vom Dache des sächsischen Ausgangsbahnhofs auf die Straße fielen. Sie mußten durch die Sanitätskolonne vom Wlase transportiert werden. Die Verletzungen sollen glücklicherweise nicht so schwer sein. — Der diesige Wertmeister S. wurde Montag früh mit durchschossenem Hals aufgefunden. Lebensgefährlich ist er nicht verletzt.

Dresden. Durch die Aufmerksamkeit eines 18-jährigen Schulabgänger ist es gelungen, den Kurlinkendieb, der seit Januar d. J. hier sein Unwesen getrieben hat, auf frischer Tat zu ertappen und der Polizei zu übergeben. Der Dieb, ein 17 Jahre alter Lehrling G., hatte bei seiner Festnahme 5 gestohlene Kurlinken bei sich. Diese konnten den Betroffenen wieder ausgehändigt werden. Durch die weiteren Erörterungen der Kriminalpolizei konnten dem Dieb insgesamt 95 Kurlinkendiebstähle nachgewiesen werden. Trotz wiederholter in den Tageszeitungen und an die Hochproduktionshändler ergangenen Warnungen wurden dem Dieb von einem hiesigen Händler sämtliche gestohlenen Kurlinken abgekauft, ohne daß er sich nach dem Gewerbe der Kurlinken erkundigte oder die Kriminalpolizei auf den fortgesetzten Kurlinkenverkauf aufmerksam machte. Der Händler wird sich wegen seines unentschuldlichen Verhaltens gerichtlich zu verantworten haben. Eine Verhaftung der gestohlenen Kurlinken war nicht mehr möglich, da sie an Großhändler weiterverkauft wurden.

Wien. Die zunehmende Not der Zeit hat dazu geführt, daß die Summe für Nahrungsmittelverteilung von der Stadt Wien verdoppelt und somit auf 400000 W. erhöht werden mußte.

Bittau. Seit dem Zeitpunkt, an dem die Ausfuhr sämtlicher Waren nach der Tschadowawski verboten worden

ist, sind allein von der Bittauer Abteilung der Sanitätspolizei 301 Personen festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt worden. Außerdem sind noch 181 Anzeigen erfolgt. Insgesamt sind Waren im Werte von 2 452 225 W. eingezogen und 18 500 000 W. Straffersheitsgelder erhoben worden.

Wittenberg. Auf den hiesigen Glasbläsenwerken wurde durch Feuer des Neubaus des Wadraums und zahlreiches Kartonnagematerial vernichtet. Dem raschen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu danken, daß der Brand nicht weiter um sich griff. Der Schaden ist bedeutend. Es wird Flugfeuer als Entschädigungsurkunde angenommen.

Wittenberg. Als ein etwa 150 Zentner schwerer Schaufelwagen die Weidenstraße passierte, verlor plötzlich die Bremse, wodurch der Wagen gegen die Mauer gedrückt wurde und diese sowie einen Baum beschädigte. Der Anprall war so stark, daß das eine Pferd über das andere hinweg über die Mauer nach dem höher gelegenen Grundstück geschleudert wurde. Verletzungen erlitten beide Pferde dabei nicht.

Chemnitz. Seitdem die Ueberführung der Grenze nach der Tschadowawski zu infolge der dichten Besetzung beinahe unmöglich gemacht worden ist, hat auch die Benutzung der Kraftwagenlinie Delitzsch—Chemnitz in auffälliger Weise nachgelassen. Dadurch hat sich die Reichspolizeiverwaltung genötigt gesehen, vorläufig und mindestens für die Dauer der Grenzsperrung die Einziehung der Mittagswagenfahrt anzuordnen. Inzwischen kommen die Erfolge der hiesigen Grenzüberwachung zur Geltung. Im Klingenthaler Kohlmarkt wurden beschlagnahmte Schmuggelwaren (Kleider, Schuhwaren, Schirme usw.) im Werte von ca. 150 000 Mark versteigert. Bei Bad Elster gelang es, einen mit 2 Klappen besetzten hochgelegenen Jagdwagen (Gesamtwert etwa 300 000 Mark) unmittelbar vor dem Grenzübertritt abzufangen, und in Abort wurde eine Welpenpackung abgenommen, welche im Wert von etwa 18 000 Mark Erlös erzielte.

Reichenbach i. V. Ein Streik der Butterhändlerinnen wurde auf dem letzten Wochenmarkt dadurch herbeigeführt, daß die Händlerinnen sich weigerten, die von den Erzeugern geforderten Preise zu zahlen und auf den ganzen Butterhandel verzichteten.

Leipzig. Am 18. ds. Mts. nachmittags gegen 5 Uhr ist ein in L.-Leipzig wohnender 17-jähriger Instrumentenmacher-Lehrling in der Hauptstraße in L.-Leipzig von einem Straßenbahnwagen der Linie 17 erfaßt und tödlich verletzt worden. Der bedauernswerte junge Mann hatte sich mit seinem Fahrrad auf der Fahrbahn vor seiner Arbeitsstätte befunden und war, vermutlich dadurch, daß er mit seinem Rade in einer Straßenbahnlinie hängen blieb, zu Falle gekommen. Er wurde von einem hinter ihm herkommenden Straßenbahnwagen erfaßt und am Kopf so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. — Der Kollisionsfall, den ein Einbruch in die Kräutergrößenhandlung Vanger in L.-Leipzig völlig aufzuklären. In dem Geschlossen wurde ein schwer verletzter Einbrecher festgenommen, der erst kürzlich aus dem Buchstaben entlassen worden war. Seine Mittäter sind ebenfalls bereits ermittelt und festgenommen worden. Ein großer Teil des gestohlenen Gutes konnte wieder herbeigekauft werden.

Der Briefträger

sammelt in diesen Tagen die Bestellungen auf das „Miesler Tagesblatt“ für das vierte Vierteljahr Bergessen Sie nicht, die Ihnen vorzuliegende Quittung einzulösen oder geben Sie im Falle Ihrer Abwesenheit Auftrag dazu!

Leipzig. (Großfeuer auf Rittergut Gafawitz.) Die „R. N. N.“ berichten: Am Dienstag abend gegen 10 Uhr brach im Rittergut Gafawitz auf bisher noch ungeklärte Weise in der nach Norden gelegenen Scheune ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff, so daß in wenigen Minuten der ganze Duerbau mit der vorgelagerten Scheune ein einziges Flammenmeer bildete. Das Feuer war in der Höhe, wo das Duergebäude an das anschließende Stallgebäude anstößt, ausgebrochen und verbreitete sich im Nu über die Scheune, in deren Stroh- und Getreidevorräten es reichlich Nahrung fand. Die Bekämpfung des Feuers gestaltete sich ziemlich schwierig. Vor allem galt es, da an der lichterloht brennenden Scheune und dem dahinterliegenden Stallgebäude nicht mehr viel zu retten war, die hart gefährdeten Nachbargebäude vor einem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Dem tapferen Jagareifen der vereinigten Feuerwehren gelang es zunächst, das Vieh aus dem brennenden Stalle zu retten, so daß außer einigem Geflügel kein größeres Vieh dem Feuer zum Opfer fiel. Das Hauptaugenmerk richteten die Wehren auf den Schutz der links angrenzenden Pferde-, Kuh- und Schweinehülle und auf das rechts von der Scheune gelegene Eis- und Maschinenhaus, sowie auf die unmittelbar hinter dem Brandherd liegenden Dreiflügelhäuser mit den Arbeiterwohnungen. Die Brandstätte bot ein Bild wäher Zerstörung. Die Scheune, in der sich ein paar tausend Strohballen und unangedrohtenes Getreide befanden, wurde vollständig ein Raub der Flammen, das dahinter befindliche Stallgebäude ist ebenfalls zum größten Teil vernichtet. Außer dem Stroh und Getreide ist auch ein Teil von Gersten, sowie einige Rähmwagen usw. die heute einen erheblichen Wert repräsentieren, dem gefährlichen Element zum Opfer gefallen. Zum Glück herrschte ziemlich Windstille, so daß es den Anstrengungen der Wehren gelang, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß auch das Eishaus vom Feuer ergriffen wurde und zum Teil niederbrannte. Ueber die Entstehungsurache war bis zur Stunde nichts Näheres zu erfahren. Gerücheweise verläutet, daß es sich um Brandstiftung handeln soll, doch war genaues darüber noch nicht zu ermitteln. Der Material- und Gebäudeschaden sowie der Schaden, der durch die Wassermassen verursacht worden ist, dürfte ganz erheblich sein.

Die Stellung des Beamten.

Eine längere Auslassung in der „Sächsischen Staatszeitung“ wirft den Kommunisten vor, daß sie durch ihre Bestimmung für die Auflösung des sächsischen Landtages die Durchbringung eines Gesetzes über die Pflichten der Beamten und Lehrer zum Scheitern der Republik bereitet hätten, durch das die Regierung die Möglichkeit erhalten hätte, sich leichter von Beamten zu trennen, wenn diese nach ihrer Auffassung gegen das Gesetz verstießen. An der Auslassung sind folgende Darlegungen über die Stellung des Beamten im Staate Sachsen wegen ihrer sachlichen Richtigkeit besonders wertvoll:

„Nach § 9 des geltenden Gesetzes über die Verhältnisse der Beamten vom 7. März 1883 kann ein Staatsbeamter aus administrativen Gründen nur in eine gleichartige Stelle und nur gegen Gewährung seines bisherigen Dienstverhältnisses und mit Bewahrung des bisherigen Titels und Ranges der bisherigen Stelle versetzt werden, sofern ihm nicht eine höhere Dienststellung zuteil wird. Der Beamte braucht sich also nicht gefallen zu lassen, daß die nach dem bestehenden Dienstverhältnis ihm zustehenden rechtlichen Vorteile an Einkommen und persönlicher Ehrenstellung im Wege der Versetzung in ein anderes Amt vermindert werden.“

Demnach Artikel 129 der Reichsverfassung erfolgt die

„Anstellung der Beamten auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Die wählbaren Beamten der Beamten sind unversetzlich. Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes entsetzt, einstweilen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden.“

Die gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen, unter denen ein Beamter seines Amtes enthoben werden kann, sind für Sachsen vornehmlich in dem Gesetz über einige Veränderungen des gesetzlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Beamten vom 3. Juni 1876 enthalten. Nach § 37 dieses Gesetzes kann ein Staatsdiener von seiner Anstellungsbehörde nur dann vorläufig vom Amte enthoben werden, wenn

- 1) in einem gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Verfahren seine Verhaftung verfügt worden ist,
- 2) die Eröffnung gerichtlicher Untersuchungen wegen eines Verbrechens oder wegen eines Vergehens gegen ihn beschlössen ist, wegen dessen auf Verlust der Ehrenrechte oder auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter erkannt werden kann,
- 3) im Disziplinarverfahren eine auf Dienstentlassung lautende noch nicht rechtskräftige Entscheidung ergangen ist.

Es leuchtet ein, daß diese Voraussetzungen nur selten vorliegen werden. Es bedarf auch kaum der Hervorhebung, daß das Disziplinarverfahren in seiner letzten Gestalt außerordentlich zeitraubend und umständlich ist, so daß oft Monate und Jahre bis zu seinem Abschlusse vergehen.“

Lehrer, Kerate und Elternbeiträge über Kälteferien.

Der Berliner Magistrat hat lehtin beschlossen, eine sechswohige Unterbrechung des Schulunterrichts im Winter zur Ersparrung der in dieser Zeit nötigen Heizungsenergie durchzuführen. Dafür sollen die Kälteferien wegfallen. Der „Berliner Lokalzeitung“ hat sich nun mit einer Anzahl führender Schulmänner, mit Schülern und Elternbeiträgen in Verbindung gesetzt, um ihre Ansicht über die für die junge Generation und das Elternhaus so schwerwiegende Frage zu hören. Da Kälteferien in den letzten Jahren fast überall an der Tagesordnung waren und auch dieses Jahr in vielen Gemeinden wieder zur Erörterung stehen werden, dürfte die dem „Berl. Lokalzeitung“ gewordene Auskunft auch außerhalb Berlins Beachtung verdienen und wir greifen daher auch ihr das Folgende heraus:

Die Direktoren der höheren Schulen, Gymnasien, Realschulen, Realhöfen, haben dem Plan scharf ablehnend gegenüber. Ein bekannter Berliner Schulmann wies insbesondere auf die großen Schwierigkeiten hin, die bei den zu dem bevorstehenden Abschlußprüfungen der höheren Schulen durch diese sechswohige Pause eintreten würden. Die jungen Leute, die es gerade in der heutigen Zeit ganz besonders nötig hätten, besonders gut vorbereitet zur Universität oder in ihren Beruf zu kommen, mühten unter diesen Umständen sehr schwer leiden. Außerdem sprächen die allgemeinen Erziehungsfragen auch in das Problem mit hinein. Es sei auch ohne Unterbrechung schon schwer genug, den vielen ausfallenden Ereignissen in der Jugendjahre entgegenzutreten.

Für die Einheitschule lägen die Dinge ähnlich, wenn auch hier namentlich in den mittleren und unteren Klassen der Schaden in rein lehrplammäßiger Hinsicht vielleicht leichter zu überbrücken wäre. Die fürchtbare Not der Zeit hat hier sowieso schon stark in das Schulgeschehen eingegriffen, und viele Lehrer müssen sich mehr den Kopf darüber zerbrechen, wie sie ihre Schüler rechtzeitig in irgend welchen Ferienheimen oder im Auslande unterbringen, wie sie Unterrichtsgebühren usw. sammeln, als darüber, wie sie den Kindern den Lehrstoff abmitteln sollen.

Aus den Kreisen der Elternbeiträge haben die übermittelten Protestäußerungen zuweilen eine betriebe stützende Form angenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß bei den heutigen Heizungsverhältnissen sich jede Familie im Winter schon auf den engsten Raum zusammenbrängt. Statt nun die Entlastung der Hausfrauen dadurch, daß die Kinder vormittags in der Schule untergebracht sind, auch noch fort, so weiß man die geplagte Mutter kaum, wie sie gerade den schlimmsten Teil des Winters unter diesen Umständen überleben soll. Die Idee, daß die Kinder ja in diesen gezwungenen Ferien zu Hause arbeiten könnten, wird durch diesen Zustand des engen Beieinanderwohnens auch illusorisch. Wenn ein warmes Zimmer für die ganze Familie zur Verfügung steht, dürfte es sehr schwer sein, daß die heranwachsenden Kinder in diesem Zimmer wirklich ernstlich an ihrer Weiterbildung arbeiten können.

Ein bekannter Schullehrer, der aus eigenen umfangreichen Erfahrungen mit den Verhältnissen vertraut ist, sagt seine Besorgnisse dahin zusammen, daß man für die höheren Schulen die Ferien unbedingt ablehnen müsse, eben aus den schon angegebenen Gründen der Erziehung und des Unterrichts und der Bedeutung der Unterbrechung der geistigen Anregung und Weiterentwicklung gerade in einer Zeit, die an sich schon jeder geistigen Arbeit nicht sehr freundlich gegenübersteht. Auch von ärztlicher Seite wurde darauf hingewiesen, daß jede Unterbrechung des Unterrichts ernst sei, weil durch schlechte Ernährung, mangelnde Sauerstoffzufuhr an sich die Kinder schon viel zu wenig lernen.

Wahrscheinlich kann man sagen, daß nach Ansicht aller maßgebenden Kreise eine sechswohige Unterbrechung des Winterhalbjahrs für die höheren Schulen völlig unannehmbar ist, für die Einheitschule eine sehr ernste Belastung bedeutet, die nur dann ertragen werden könnte, wenn als Plus eine ausreichende Beheizung in den Monaten, in denen wirklich Unterricht stattfindet, gewährleistet werden kann.

400 Zentner Sudek beschlagnahmt.

Auf dem Bahnhofs Sudek bei Berlin ist am Sonnabend ein Wagon aus dem letzten Gebiete eingetroffen, der nach dem Brandstiftung 400 Zentner Kleben enthielt und an die Firma Borch & Spindlerfeld adressiert war. Da es eine Firma dieses Namens dort nicht gibt, veranlaßte ein Eisenbahnbeamter die Revision des Wagens, wobei es sich herausstellte, daß er außer Kleben 400 Zentner Sudek enthielt. Ein junger Mann, der den Frachtbrief einlösen wollte, wurde verhaftet. Er erklärte, ein Unbekannter habe ihn gebeten, die Entladung des Frachtbriefes zu besorgen. Dieser Unbekannte war bisher nicht auffindbar. Der beschlagnahmte Sudek wurde auf Sudek und Berlin verteilt.

Bemerktes.

Das elektrische Kraftwerk in Buzarest ist zum Teil durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Ein Teil der Stadt wird auf ziemlich lange Zeit ohne Licht sein.

Das Baugelände in Wandsbeck. Die Zahl der beim Einsturz des Warenhausneubaus Karstadt in Wandsbeck ums Leben gekommenen Bauhandwerker erhöht sich, wie der „Berl. Lokalzeitung“ mitteilt, auf vier.

Zum Untergang des Dampfers „Damonika“. Die von der portmalerischen Regierung über

den Untergang des Dampfers „Dammonia“ angefallenen amtlichen Untersuchungen haben ergeben, daß den Kapitän teinertel Schuld am Untergange des Dampfers trifft.

Eisenbahnunglück bei Augsburg. Auf der Offenbahnstrecke Augsburg—Weiden entgleichte gestern in der Nähe von Augsburg ein Personenzug. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet und mehrere Reisende schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Dochwasserkatastrophe in der Oberpfalz. Ueber die Flußufer der Sulz und der Schwarzach in der Oberpfalz ist ein zwölf Stunden anhaltender Nieselregen niedergegangen, der ungeheuren Schaden angerichtet hat. Die gesamten Talgebiete der beiden Flüsse sind in Seen versunken worden. Hunderte von kleinen Häusern und Dörfchen haben die Strömung mit sich gerissen. Die gesamte Gegend ist vernichtet. Die Dochwasserkatastrophe hat die Erntens von vielen Kleinbauern in Frage gestellt. In Weiskirchen wurde die Bevölkerung, die auf dem Marktplatz ein Volksfest feierte, nachmittags gegen 6 Uhr von der Flut überrascht. Die Menschen strömten in die Häuser, die aufgestellten Buden wurden weggeschwemmt.

Großer Schmuckdiebstahl. In einem Hotel am Potsdamer Platz in Berlin wurden in der vorletzten Nacht aus einem Zimmer des ersten Stockes durch einen Fallodenkletterer einer Dame aus Wien eine Handtasche mit 13000 Mark Bargeld und Schmuckstücken im Werte von drei Millionen Mark gestohlen. Als die Dame erfuhr, bedrohte der Eindringler sie mit einem Revolver.

Ein singulärer Raubüberfall. In der Berliner Kriminalpolizei ist jetzt ein geschichtlicher Raubüberfall aufgeklärt worden. Am vergangenen Freitag wurde, wie das „Berl. Tageblatt“ berichtet, der 15-jährige Kaufbursche Joseph Bed auf der Treppe zu den Büroräumen eines Großhandelsgeschäftes am Monbijouplatz in Berlin hilflos aufgefunden. Er war überaus erschreckt; seine Augen waren durch eingestrichelten Pfeffer so schwer entzündet, daß er nicht sehen konnte. Er mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, wo es nur mit Mühe gelang, den Pfeffer zu entfernen und ihm das Augenlicht zu erhalten. Der Bursche gab an, daß er von einem unbekanntem Manne überfallen worden sei, und daß dieser ihm 20000 Mark, die er von dem Hauptgeschäft geholt hatte, geraubt hätte. Bei seiner Vernehmung durch das Hauptbureau verweigerte er sich jedoch bei der Darstellung des Überfalles in auffallende Widersprüche. Die weiteren Ermittlungen ergaben denn auch bald, daß ein gewisser Karl Lante aus der Gipsstraße den Raubüberfall auf Bestellung ausgeführt hatte, und nur mit dem Pfeffer in der Gipsstraße eingegangen war. Der „Räuber“ hatte das Geld nach seiner Wohnung in der Gipsstraße gebracht und dort im Keller unter einem Säuerstall verborgen, wo es jetzt wiedergefunden wurde. Der „Räuber“ und der „Ueberfallene“ wurden verhaftet.

Eine der interessantesten Verbrecherereignisse. der angehiebene Direktor Bernotas, wird am 28. September wegen jähzorniger Einbrüche vor der Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin erscheinen. Bernotas Spezialitäten waren die Einbrüche in Hotels und Pensionen, bei denen ihm eine ungeheure Beute in die Hände fiel. Während seiner Unternehmung hat es Bernotas verstanden, sowohl seine Vorstaesentanten als auch die Ermittlungsstellen aus dem Polizeipräsidium und die Anklageinstellen bei der Staatsanwaltschaft auf noch unaufgeklärte Weise verschwinden zu lassen. Es schwebt auch deswegen ein umfangreiches Strafverfahren wegen Unterdiebstahls und Bestechung. In etwa 13 Fällen hat sich Bernotas wegen schweren Diebstahls und wegen Diebstahls verantworten. Er hat einen Alibibeweis für jeden einzelnen Diebstahl ausgegearbeitet und will durch seinen Verteidiger den Beweis führen lassen, daß die bei ihm vorgefundenen Wertgegenstände auf Auktionen gekauft seien.

Die zusammengekauften Aussteuer. Die schon seit längerer Zeit betriebenen planmäßigen Diebereien eines Diebstahls wurden jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt. Vor etwa neun Monaten trat in die Dienste eines Professors 2. in Wilmersdorf die damals noch unverheiratete Elise A., die einen durchaus zuverlässigen Eindruck machte. In mehr oder minder großer Aufreihtheit ihrer Herrschaft versah sie ihren Dienst, bis sie vor einigen Wochen, von den besten Wünschen begleitet, in den Tagen der Ehe eintrat. Mit ihrem Manne, der unterer Beamter ist, begab sie sich darauf auf eine Hochzeitsreise zu ihrer Mutter nach Altenburg. Vor einigen Tagen mußte aber nun die Herrschaft die überfallene Güterbedingung machen, daß der Bestand des Tafel-silbers um ein beträchtliches verringert worden ist. Der Verdacht der angrenzenden Kriminalpolizei fiel sofort auf das vormalige Dienstmädchen, das gerade von seiner Hochzeitsreise zurückgekehrt war. Und siehe da, eine vorgenommene Hausdurchsuchung durch die Kriminalpolizei hatte ein überraschendes Ergebnis. Mit Ausnahme der Wäschestücke stammte fast jedes zweite oder dritte Stück der Wirtschaft aus dem Hause des Herrn Professors. Von dem kristallinen Weinglas bis zur Kartoffelschüssel aus Porzellan, von dem gebrauchten Einmacheglas bis zur gefüllten Konjunktur-büchse, von der Angelsehre bis zum Sofaflissen und den Hemden aus dem Wäschekasten hatte sie es verstanden, sich alles unbemerkt anzueignen. Nach hartnäckigem Leugnen gestand sie schließlich ihre Diebereien an. Nur von dem verschwundenen Tafelsilber wollte sie durchaus nichts wissen, bis die Kriminalbeamten in ihrer Behausung einen silbernen Kaffeelöffel fanden, auf dem das Monogramm kunstgerecht entworfen war. Doch auch angesichts dieses überführenden Beweises blieb sie bei der Behauptung, daß der Löffel dort „von ganz allein“ hingekommen sei. Es erfolgte darauf aber ihre Festnahme.

Das Schulmädchen in großer Toilette. Aus Paris wird gemeldet: Die Erziehungsbehörden haben an die Eltern der Schülerinnen ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie dringend fordern, daß man den Modestil bei den Kindern nach Möglichkeit einschränke. Es wird hervorgehoben, daß die Schulmädchen in gewissen Schulen tagtäglich in großer Toilette erscheinen, in tiefausgeschnittene Kleider nach Pariser Modellen, durchbrochenen Seidenstrümpfen und mit kostbarem Juwelenschmuck. Es sind das die Töchter der neuen Reichen, die während des Krieges große Vermögen ansammeln konnten. Manche der jungen Damen fahren in ihrem eigenen Kraftwagen zur Schule, und der Zug ist zu einem wahren Speer geworden, in dem die Mädchen einander zu überreffen suchen. Die Schulbehörde betont, daß durch eine derartige Leppigkeit, die in so schwierigen Zeiten aufreißend wirken müsse, die Erziehungsarbeit außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 20. September 1922.

Aus dem Völkerbundsausschuss des Völkerbundes.

Genf. Die Rede Robert Cecil in der gestrigen Sitzung des Völkerbundsausschusses fand hier größte Beachtung, mehr aber noch die kurze Erklärung des Jowenels, dessen eigentliche Antwort nunmehr mit Spannung für Donnerstag erwartet wird. Im Anschluß daran werden dann die Delegationen der anderen an der Reparationsfrage interessierten Staaten sich wahrscheinlich ebenfalls zu den Grundrissen Lord Cecil äußern. So spannend aber auch im Rahmen des Völkerbundsausschusses die gestrigen Anregungen wirkten, so sehr wird auch in unterrichteten Kreisen vor einer Überhöhung dieser Debatte gewarnt. Es handelt sich zunächst nur um die Beratung im Völkerbundsausschuss, die dann wahrscheinlich in der Versammlung fortgesetzt, aber wahrscheinlich nur allgemeinen grundsätzlichen Erörterungen gelten wird. Die beiden Erklärungen Cecil und des Jowenels im Völkerbundsausschuss, die erst am Schluß der Sitzung erfolgten, gingen Beratungen über die endgültige Annahme der Cecil'schen Vorschläge für ein Garantiepakt voraus und zwar auf Grund einer neuen Fassung des Artikels 4, auf die Cecil und Jowenel vorher eingegangen hatten, und in der die französische Auffassung stark Spuren hinterließ. Allgemein wurden bei der Annahme dieses Vorschlags die anerkanntesten Worte, mit denen der Jowenel Lord Robert Cecil zum Berichterstatter für die Versammlung vorschlug, bemerkt. Von besonderer Bedeutung war auch die Rede des englischen Delegierten Fisher, die dieser im ersten Teil der Sitzung zur Frage des Garantiepaktes hielt, dessen Grundgedanken er sich anließ, wobei er aber die Entscheidungsfreiheit der britischen Regierung ausdrücklich vorbehalten. Er machte darauf aufmerksam, daß England zwar zu Europa gehöre und die Verpflichtung für den Garantiepakt übernehmen könne, daß aber die Dominions andere kontinentale Interessen haben. Wie würde, frauchte er, z. B. Australien sich bei einem aus dem Osten kommenden Angriff auf Völkern stellen? Die Lage des britischen Reiches sei also eine ganz besondere und erfordere daher auch eine besondere Prüfung der Frage des Garantiepaktes. Dieser Hinweis auf die Stellung der Dominions war um so interessanter, als der Urheber der Frage des Garantiepaktes Lord Robert Cecil bekanntlich nicht England, sondern Südafrika im Völkerbund vertritt. (Siehe auch erste Beilagehefte.)

Genf. Der 3. Ausschuss einigte sich gestern, nachdem er auf Antrag Südafrika-England, noch einige Änderungen vorgenommen hätte, auf den endgültigen Text der Vorschläge Lord Robert Cecil zum Garantiepakt, über den sich die Versammlung noch aussprechen muß. Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Fassung des Artikels 4 lauten: Eine allgemeine Rüstungsbeschränkung ist das Ziel, der Völkern Mittel zu seiner Verwirklichung. Voraussetzung für den Völkern ist daher das vorhergehende Einverständnis zur Rüstungsbeschränkung. Diese Rüstungsbeschränkung kann sich in Form eines allgemeinen Vertrages, was das wünschenswerteste wäre, oder in Form von Sonderverträgen vollziehen, die aber allen Ländern offen stehen werden. Im ersten Falle hat der Vertrag die allgemeine Rüstungsbeschränkung zur Folge. Im zweiten Falle muß die Rüstungsbeschränkung im Verhältnis zu den Sicherheiten stehen, die der Vertrag mit sich bringt. Eine gemischte temporäre Abrüstungskommission wird die Bedingungen prüfen, unter denen das eine oder das andere System angewandt werden kann und dem Rat ihre Aufstellung mitteilen, worauf dieser sowohl militärisch als politisch einen Plan zur Verwirklichung des Paktes aufstellen und den Regierungen zur Genehmigung und zur souveränen Entscheidung unterbreiten kann. Eine Prämisse des Entwurfes weist darauf hin, daß er in keiner Weise die Friedensverträge oder andere Abkommen beeinträchtigen dürfe. Der Ausschuss billigte außerdem noch den Entscheidungsentwurf von Lange-Norwegen, der auf die Bedeutung von lokalen Abkommen zwecks Rüstungsbeschränkungen hinweist und die Prüfung dieser Frage durch einen gemischten temporären Ausschuss entzieht.

Die neue burgenländische Grenze. Genf. Im Völkerbundsrat fällt der Rat das Urteil in der Frage der burgenländischen Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn. Die neue Grenzlinie verläuft in verschiedenen Punkten von den Vorschlägen der Grenz-

festsetzungskommission ab. Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns erklärten, daß sie die Entscheidung annehmen, wobei sie der Forderung Ausdruck verliehen, daß sich nichts mehr den freundschaftlichen Beziehungen der Länder in den Weg stellen möge. Der Völkerbundsrat stellte aus dem Fonds für unvorhergesehenen Ausgaben dem Oberkommissar Dr. Panten 100000 Goldfrank zur Organisation der Hilfsaktion für die armenischen Flüchtlinge zur Verfügung. In geheimer Sitzung untersuchte der Völkerbundsrat sodann die Frage der evtl. Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

Die holländische Thronrede.

Haag. Ministerpräsident Ruys de Beerenbrouck eröffnete namens der Königin die ordentliche Sitzungsperiode der Generalstaaten. In der von ihm verlesenen Thronrede wird erklärt, daß in erster Linie die Vorlagen betreffend die Verfassungsrevision seitens der Generalstaaten geprüft werden müßten. Die in einem großen Teil der Welt herrschende Krise mache sich auch in Holland bemerkbar durch ihre traurigen Folgeerscheinungen. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates sei im Mutterlande wie in den Kolonien zerstört. Eine merkliche Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben auch durch gezielte Maßnahmen sei unvermeidlich. Das Ministerium für Landwirtschaft, Industrie und Handel werde mit dem Arbeitsministerium verschmolzen werden. Staatsbetriebe und Staatsindustriebetriebe müßten derart verwaltert werden, daß sie kein Defizit aufwiesen. Eine Regelung des Arbeitskontraktes, sowohl im privatrechtlichen wie im öffentlich-rechtlichen Sinne werde erzwungen. Ferner wird die Herabsetzung des Wahlalters angekündigt, um auch die Mitglieder der Ersten Kammer nach dem Proportionalwahlsystem zu wählen, sowie die Vereinfachung des Sozialversicherungsgesetzes. Beide würden den Kammern baldmöglichst zugehen, sobald die Verfassungsänderungen es erlaubten. Es würde das Notwendigste gefehert, um Regierung und Gesetzgebung in den Kolonien im Sinne der letzten Verfassungsänderung zu regeln. Zugleich solle die Steuererhebung eingeleitet geändert werden, um den gegenwärtigen ökonomischen Forderungen Rechnung zu tragen.

Bürgerkrieg in Bulgarien?

Belgrad. Extrablätter brachten gestern Entsetzensmeldungen über den Ausbruch des Bürgerkrieges in Bulgarien und die Ermordung der früheren Minister. Nach Meldungen, die an zuständigen Stellen vorliegen, handelt es sich um einen radikalisirten Bauern einen kurzen Prozeß gegen die Kabinette von 1912 und 1918 und die Verhaftung aller ehemaligen Minister verlangten, was der Innenminister zugesagt haben soll. Bei den Tumulten soll der Exminister Tanow gefangen sein. Für Stambulinski droht die Opposition gefährlich zu werden, weil diese eine Stellungnahme gegen die Griechen wünschte und auf diese Weise an Sympathie gewann.

Die Hilfe der Dominions.

Melbourne. Gestern vormittag erörterte das Bundeskabinett die Orientfrage. Die Minister haben den Beschluß des Premierministers Hughes, Truppen für Gallipoli anzubieten, gebilligt.

Wellington (Neuseeland). Das Parlament billigte einstimmig den Beschluß des Premierministers Massey, für die Verteidigung der Meerengen ein neuseeländisches Truppenkontingent anzubieten.

Ottawa. Die kanadische Regierung steht in Verbindung mit der britischen Regierung und dem kanadischen Vertreter im Völkerbund. Die Regierung wünscht Klarheit darüber zu haben, ob die Orientfrage so ernst ist, um die Einberufung einer Sonder-session des Parlaments zu rechtfertigen. Der Premierminister erklärte gestern, die Regierung sei der Ansicht, daß die öffentliche Meinung vor der Absendung von Truppen nach dem Orient eine Abstimmung des Parlaments für erforderlich halte.

Kemal Pascha will Thrazien befehlen.

New York. Associated Press meldet aus Konstantinopel, Mustafa Kemal Pascha eruchte gestern die alliierten Behörden, seiner Armee zu gestatten, Thrazien zu befehlen. Er habe dabei nachdrücklich erklärt, daß die Frage der Dardanellen später erörtert werden müsse unter Teilnahme aller Staaten am Schwarzen Meer. Es sei notwendig, daß Thrazien von nationalistischen Streitkräften besetzt werde, um die muslimanische Bevölkerung zu befreien. Gleichzeitig benachrichtigte der kemalistische Vertreter in Konstantinopel den britischen Oberkommissar, daß die Regierung von Ungarn auf Grund eines mit Sowjetrußland und der Ukraine abgeschlossenen Vertrages nicht in der Lage sei, eine Einladung der Mächte zu einer Konferenz anzunehmen, die sich ausschließlich auf die Erörterung der Frage der Dardanellen beschränken würde, sofern nicht Vertreter Sowjetrußlands und der Ukraine gleichfalls an der Konferenz teilnehmen.

Konstantinopel. Vorhuten der türkischen Armee trafen in der Nähe der Stadt Diga ein.

London. Da die Lage der Flüchtlinge in Smyrna dadurch erschwert wird, daß die Türken griechischen Schiffen die Einfahrt in den Hafen nicht gestatten, um Flüchtlinge an Bord zu nehmen, richteten die Alliierten an Mustafa Kemal Pascha ein gemeinsames Ersuchen, eine solche Erlaubnis zu erteilen.

Von Menschen und Büchern und von der Bücherteuerung.

Von Johann Cverking.
Es ist eine landläufige Meinung, es gebe ein sogenanntes offizielles Lieblingsbuch der Deutschen, und es heiße „Faust“. Aber ist das nicht nur eine idealistische Redensart eines schönfärbischen Phrasen, die einen anscheinend recht fragwürdigen Tatbestand mit blau dunkeltem Gewölke umschleiern soll und die nun, dreißig nach dem Neujahrstag langend, in unbeschreiblicher Schlichtheit das geistige Niveau der Gesamtheit dem der höchsten Leistung ihres größten Helden gleichsetzen möchte? Und ist denn überhaupt dieser Tatbestand in Wirklichkeit so fragwürdig, ist's so überaus verächtlich, gestehen zu müssen, daß bei uns wie überall verschiedene Menschen verschiedene lesen, und jeder die Bücher hat, die er verdient und — braucht?
Wer sich — außerhalb beruflicher Bindungen — einem Buche nahe, sucht in ihm stets eine gewisse, oft auch durch den Gegenstand zu wirkende Behütungs seines Lebens, sucht für es Beispiel oder Vorbild, und vieles Wesen ist immer wieder ein anderes. Alter, Bildung, Temperament, Gemüthsart, Geschmack und Bedürfnis des Augenblicks zeitigen als Wunschreize und -leiter, wie bei der Wahl anderer Bekleidungsstücke, so auch im Umgang mit Büchern immer andere Ergebnisse. Der eine will Sammlung und Erhebung, ein anderer Herabsetzung, dieser Erkenntnis und Klarheit, jener Vergessen und Betäubung, einer Arbeit, der andere Selbstverleugung. Und so wird des Einen Lieblingsbuch „Faust“ heißen, des Anderen — anders, und eine Korin, irgendeine tabellarische Requirierung nach absoluten Werten durchsetzen zu wollen, diese

Unfruchtbarkeit und eine allgemeine, ungeheure Langeweile verbreiten.

Man soll niemandem breintreiben. Ein jedes Leben hat seinen Stil. Ansprechen, hinzuweisen, Bekanntheit zu vermitteln kann gut sein, ist reichlich oft sogar Pflicht und bringt manchmal großen Gewinn; aber man laße, die einen anderen Glauben haben und behalten wollen, freundlich und ohne überhebliches Wohlwollen gewähren. Wer, wie jener österreichische Offizier, von dem Goethe einmal erzählt hat, nur gut abgelesene „Ausgaben letzter Hand“ sammelt, tut's ebenso aus einer Notigung seiner Natur, wie der Kenner nach allem Neuen, und die liebe alte Dame mit ihren Prachtstücken und der armen Goldschmittknecht ist genau so in ihrem Recht, wie der Sammler von Gesangsstücken Stefan Georges; sie haben Freude an ihrem Gut, und Freude soll man nicht verkümmern.

Etwas anders wird die Sache freilich, wenn Bücher nicht zum eigenen Gebrauch erworben werden, sondern um Anderen Freude zu machen. Das Schenken, und ganz besonders das Buchschenken, ist eine Kunst, die gelernt sein will. Starke Propaganda für die persönlichen Neigungen wird oft den Zweck des Gebens verfehlen; das Wesen und der Wunsch des Empfängers ist ein stärkerer Wegweiser als die eigene Überzeugung, die dabei in den meisten Fällen gar nicht einmal geradezu mitspricht zu werden braucht. Aber selbst davon sollte man gegebenenfalls nicht zurückstrecken, um das Ziel zu erreichen; die Erziehung des zu Beschenkenden.

Was alles, sind auch die Bücher heute teurer als früher, und das ist ganz gewiß sehr bedauerlich, besonders für die, denen der Umgang mit Büchern lebensnotwendig geworden ist. Aber gar niemand sollte sich dadurch abschrecken lassen: ein gutes Buch ist heute mehr denn je

einer der sichersten und dauerhaftesten Werte. Und aus einem gewissen Blickpunkt könnte man vielleicht sogar in der währenden Bücherteuerung auch einen Segen entdecken. Jeder Geldbeutel hat eine Art Bewußtseinsgrenze; drunter ist Ueberlegung nicht unbedingt üblich, darüber beginnt das Erwägen und Beraten. Früher gab's für Geldbeutel aller Art Bücher in Menge, die unterhalb der jeweiligen Scheidestriches notiert waren, und man heischte schlicht und unrecht: ein Buch. Was für ein? Nun, in der und der Preisfrage, für einen Menschen dieses oder jener Alters und Geschlechtes, zum Umtauschen. Der Buchhändler hatte seine liebe Not und in den meisten Fällen noch zweifache Arbeit; und die Freude des Beschenkten war nicht so groß, wie sie hätte sein können, denn es ist ein anderes, ob eine Gabe nur ein Zeugnis guten Willens, oder ob sie dazu noch ein Beweis liebevollsten Verständnisses ist für unsere mehr oder weniger heimlichen Wünsche. Heute aber sind die meisten Bücher für die weitesten meisten Geldbeutel — nicht außer Reichweite, dadurch nicht — aber doch über jene Grenze gerückt, bei der das Nachdenken von selbst, sozusagen automatisch einleitet, und das kann für die Einschätzung des Buchgeschenkes doch gut sein. Es lohnt immer der Mühe, ein wenig nachzudenken. Und hätte die im Verhältnis zu vielen anderen Dingen doch nur geringe Steigerung der Bücher zur Folge, daß mit ihr auch das Ansehen des Buches bei der Allgemeinheit zunähme, dann würde ohne weiteres auch die Auswahl für jeden Einzelnen Gegenstand größerer Sorgfalt eigenem Gemüthe heimgetragenen Buche so gut wie an dem all festliche Gabe aus fremdlicher Hand empfangenen. Und Freude, echte Freude zu stiften ist von allem das Beste: „Freude, Freude treibt die Räder in der großen Welt.“

Die Wiederberufung des früheren Kaisers.

Von unrichtiger Seite wird dem „V. V.“ zu der Meldung, daß der Kaiser beabsichtigt mit der vermählten Prinzessin Hermine von Schoenau-Carolath, geb. Prinzessin Neuh Altäre Linie, eine neue Ehe einzugehen, folgendes mitgeteilt:

„Ursprünglich behand die Köchlin, die Nachricht von der Verlobung des Kaisers mit der Prinzessin von Schoenau-Carolath erst Ende Oktober bekanntzugeben. Nachdem aber infolge von Indiskretionen amerikanische Blätter in die Lage gekommen waren, von dem beabsichtigten Schritte des Kaisers Kenntnis zu geben, ist beschlossen worden, mit der Veröffentlichung nicht länger zu warten. Auf Anfrage amerikanischer Journalisten habe im vorigen Monat der von der Verlobung nicht unterrichtete stellvertretende Hofmarschall in Doorn wahrheitsgemäß geantwortet, daß er von nichts wisse. Diese Antwort war als ein Dementi aufgefaßt worden. Sie erklärt sich einfach daraus, daß dem Herrn tatsächlich nichts bekannt war. Der Kaiser hatte selbstverständlich gewünscht, daß die Nachricht von seiner Verlobung durch die deutsche Presse bekannt geworden wäre.“

Wenn jetzt Gerüchte, die zum Teil auch ihren Niederschlag in der amerikanischen Presse gefunden haben, davon wissen wollen, daß es aus Anlaß der beabsichtigten Wiederberufung des Kaisers zu Konflikten zwischen ihm und seiner Familie gekommen wäre, so ist dies unrichtig. Die Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollernhauses kennen fast durchweg aus eigener Anschauung und jedenfalls sehr viel besser als das große Publikum die entsetzliche Vereinigung, in der der Kaiser in Doorn zu leben gezwungen ist. Im engen Bezirk von Doorn geht sein Leben täglich in lästigen ausgetretenen Bahnen weiter, in ermüdender Gleichförmigkeit. Neue Eindrücke zu sammeln, hat der Kaiser keinerlei Möglichkeit. Daß er unter diesen Umständen mit zwingender Gewalt das Bedürfnis spürt, einen Menschen zu haben, dem er ganz vertrauen kann, und der nur für ihn da ist, ist etwas so menschlich Verständliches, daß die kaiserliche Familie, so unversehens auch das Andenken der heimgegangenen Kaiserin Auguste Viktoria ist, volles Begreifen für die Absichten des Kaisers empfindet und auch an den Tag gelegt hat. Daß schließlich der Kronprinz und mindestens noch ein weiterer Prinz an der für November geplanten Hochzeitfeier teilnehmen wird, mag dafür ebenso ein Zeichen sein, wie die Tatsache, daß die Braut des Kaisers zurzeit bei der Großherzogin Luise von Baden, der Tochter Wilhelm I., sich auf der Mainau aufhält.

Bei diesem Schritte des Kaisers drängt sich unwillkürlich die Parallele mit seinem Ahn Friedrich Wilhelm III. auf, der bekanntlich nach dem Tode der Königin Luise sich auch zum zweiten Male, und zwar mit der Fürstin von Neglini, vermählte. Damals war freilich wesentlich längere Zeit zwischen dem Tode seiner ersten Gemahlin und seiner Wiederverheiratung verstrichen. Aber Königin Friedrich Wilhelm III. hatte ein durch die Pflichten seines Herrscherberufes voll ausgefülltes Dasein und lebte nicht in der Einsamkeit der Verbannung.“

Gerihtsjaal.

Die weibliche Aufwärtinnen waren im Juli mehrfach in der Stadt Dresden auf und fanden immer wieder erneut Stellung, obgleich einbringlich vom Polizeipräsidium vor ihnen gewarnt worden ist. Anfang August gelang es endlich, beide in Frage kommende Diebstahlerinnen, die eine jede für sich ihr uneheliches Gewerbe betrieben, festzunehmen. In zwei Terminen hatte sich jetzt das Dresdener Schöffengericht mit diesen beiden Aufwärtinnen, die unter den verlockendsten Namen vorgegangen waren, zu beschäftigen. In dem einen Termin stand die aus Bawdau gebürtige geschiedene Arbeiterin Frieda Helene Kränker auf. Dadel vor Gericht, im zweiten Falle hatte sich das aus Leipzig gebürtige stiellose Dienstmädchen Garpel Scharfe zu verantworten. Beide Angeklagte sind bereits mehrfach und erheblich vorbestraft. Sie meldehen sich auf Zeitungsinsertate als Aufwärtinnen unter falschen Namen und verschwandten dann, sobald sich eine Gelegenheit bot, irgend welche Diebstahle zu begehen. So erlangte die Kränker in den einzelnen Fällen Sachen im Werte bis zu 100000 M., ebensoviele die Scharfe ganz erhebliche und sehr wertvolle Diebstahle. Das Schöffengericht verurteilte die Kränker zu zwei Jahren Zuchthaus, die Scharfe zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis, beide auch zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf bzw. drei Jahre.

Unter der schweren Anklage des Vergehens im Amte und der Unterschlagung wurde die Kränker im Jahre 1884 zu Gefängnis verurteilt. In demselben Jahre wurde sie durch den Reichsgerichtspräsidenten, Grafen v. Helldorf, zum Reichsgericht Dresden verurteilt. Nach dem Eröffnungsbeschlusse soll Bürgermeister Driehel in seiner Eigenschaft als solcher im Jahre 1918 von einem für Waldarbeiter bestimmten Posten gegen zwei Kilogramm für sich bzw. für seine Familie verwendet haben. Weiter wurde ihm zur Last gelegt, daß er im Jahre 1920 insgesamt 708,25 M. Rückvergütung für Poststellen nicht an die Bezugsberechtigten ausbezahlt, sondern im eigenen Nutzen verwendet habe. Er bestritt in beiden Fällen jede strafbare Handlung. Nach längerer Prozessdauer machte sich, trotzdem eine Anzahl Zeugen gehört wurden, eine Verurteilung notwendig, da sich eine rektlose Abrechnung nicht herbeiführen ließ.

Rust und Wissenschaft.

Die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte behandelte in ihrer gestrigen zweiten allgemeinen Sitzung die Vererbungslehre. Professor Dr. Johannsen-Kopenhagen sprach über „100 Jahre Vererbungslehre“ und kam dabei zu dem Ergebnis, daß für die große Frage der Entstehung der Arten die Vererbungslehre fast nichts Positives zuzugeben vermag. Dagegen habe sie durch vernichtende Kritik des Darwinischen Selektionsgedankens und des Lamarckischen Gedankens der allmählich eintretenden erblichen Fixierung der durch Anpassung der Individuen an ihre Lebenslage erworbenen Eigenschaften den Boden von unrichtigen Vorstellungen gereinigt und den Weg zum Fortschritt bereitet. Professor Dr. Meisenheimer-Weipzig sprach über „Neuere Erbschaftslehre und Vererbung“.

Dr. Meisenheimer über „Vererbungslehre beim Menschen“. Er forderte staatliche Vorkehrungsanstalten für Rassenbiologie nach dem Vorbilde Schwedens und wandte sich gegen die Absicht, den Berliner Lehrstuhl für Anthropologie einzuziehen zu lassen, da die Rassenkunde das wichtigste geistige Hilfsmittel für den Wiederaufbau sei.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Hauptgruppen berichtete Professor Martin Mayer vom Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg über das neue Trypanosomen-Heilmittel „Bayer 205“, auf dessen epochemachende Bedeutung für die Bekämpfung der Schlafkrankheit bereits in der Eröffnungsrede des Kongresses der Vertreter des Reichsministers des Innern hingewiesen hatte. „Bayer 205“ stellt eine kompliziert zusammengesetzte organische Verbindung dar, die weder Quecksilber, noch Arsen, noch Antimon oder sonstige therapeutisch-wirksame anorganische Stoffe enthält, und gehört zu einer neuen Gruppe von Heilmitteln, die schloße Variationsmöglichkeiten gestattet. Es stellt sich im Verhalten im Körper einen ganz eigenartigen, bisher unter allen Arzneimitteln unbekannten Typ dar. Mit einer Dosis geheilte Tiere sind monatelang gegen Nachimpfungen mit allen Trypanosomenmitteln geschützt, desgleichen vorübergehend mit den Mitteln behandelte Tiere. Das Problem der Heilung und des vorbeugenden Schutzes der Schlafkrankheit hält der Vortragende durch das Mittel für gelöst. Es sind bereits eine Reihe praktischer Erfolge bei der Schlafkrankheit und bei verschiedenen Tierleiden erzielt. Eine nach Afrika entsandene deutsche Expedition prüft zurzeit das Mittel im großen, daß bei der praktischen Seuchenbekämpfung von noch gar nicht überschätzbarer wirtschaftlicher Bedeutung für viele tropische Gebiete werden wird.

Volkswirtschaftliches.

Sitzung des Stahl- und Nichtstahlsauschusses. Aus Düsseldorf wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des gemeinschaftlichen Stahl- und Nichtstahlsauschusses wurden die Marktfrage und die wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend besprochen. Wessentlich die Marktentwertung eine weitere Steigerung der Nichtstahlpreise an sich gerechtfertigt hätte, so wurde doch auf Vorschlag der Erzeuger von einer neuen Preisregelung zunächst abgesehen und beschlossen, die bisherigen Preise bis einschließlich 30. d. M. unverändert bestehen zu lassen.

Erhöhung der Rohstahlpreise. In Gemäßheit der festgelegten Klausel treten, nach einer Meldung aus Essen, für Lieferungen in der dritten Dekade September folgende Erhöhungen der Rohstahlpreise ein: Sämattit 1. Cw-arms Stahleisen 784 M. pro Tonne, Gießerei-Rohstahleisen I und III 282 M. pro Tonne, Gießerei-Luxemburg. Qualität 289 M. pro Tonne, Temper-Rohstahleisen 784 M. pro Tonne, Ferro-Silicium 10 Prozent 784 M. pro Tonne. Die neuen Höchstpreise stellen sich also wie folgt: Sämattit 30 500 M., Cw-arms Stahleisen 29 888 M., Gießerei-Rohstahleisen I 26 524 M., Gießerei-Rohstahleisen III 26 454 M., Gießerei-Rohstahleisen Luxemburg, Qualität 24 756 M., Temper-Rohstahleisen 30 112 M., Ferro-Silicium 10 Prozent 34 405 M.

Woher kommt die Glatze

Nicht durch eine Haarbehandlung, die den Forderungen vernünftiger Haarpflege nicht entspricht. Seit Jahrzehnten bedeckt sich die von Fachkräften bevorzugte und empfohlene



Javal-Haarpflege

Javal bereinigt Schuppen und Sebum, die Vorboten der Glatze; das Haar wird düstlich, locker, lebendiger. Javal ist in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien u. bei Friseurinnen zu haben.

Die Tageblatt-Druckerei

Riesa, Goethestraße 59
fertigt schnellstens alle Arten
Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.
Reichhaltiges Papierlager. Eigene Buchbinderei.

Wöbl. Zimmer

per 1. Oktober in gutem Zust. gesucht. Angeb. unt. E 9444 an Tagblatt, Riesa.

2 Zimmer

mit Kochgelegenheit gef. Angebote unter E 8 9443 an das Tagblatt Riesa. 2 junge anständige Herren suchen f. möbl. Zimmer od. Schlafstelle. Ein Bett mit Bettwäsche kann mitgebracht werden. Off. unt. E 8 9442 an Tagblatt, Riesa.

2 mal 100000 M.

erste Hypothek auf im Bau befindl. Wohnhäuser nahe Riesa gesucht. Offerten unter E 9 9441 an das Tagblatt Riesa.

Stiller Teilhaber

mit ca. 150-200 Mk. gegen gute Verzinsung u. Sicherheit für gutes Fabrikations-Unternehmen **sofort gesucht.** Offert. erb. unter E 9 9439 an das Tagblatt Riesa.

Zinkkabel

und Draht, isoliert, kauft jeden Posten Siegenberg, Weihen, Gartenstraße 22.

Küchenherd

zu kaufen gesucht Wettinerstraße 26.

Dr. Gebser zurück

für Wild-, Mantel-, Gänse-, Hühner-, Kanari-, Regen-, Schmutzwolle u. Hochhaare sehr hohe Preise, desgleichen für Hindbäume, Kalb-, Schaffelle.

Otto Meißner, Telefon 121.

Sirchennachrichten.

Röberau. Deute Jungfrauen. Donn. 1/8 Bibelst.

Achtung!

Kaufe jede Menge lebend. Geflügel u. zahle je nach Gewicht für 100, Gänsechen p. Stk. 75.- bis 200.- für alte Gänse u. Gänser pro Stk. 150.- bis 250.- und mehr für 100. Tauben pro Stk. 25.- bis 30.- für 100. Enten u. Gänse Sonderpreise auf Anfr.

F. Hedding, Bobbitz, Tel. Riesa 113.

Stenotypistin

für sofort in gut bezahlte Dauerstellung gesucht. Bewerbungen erbeten an

Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Riesa.

Or. Gänse verk. preisw. Postmann, Marktstr. 14.

Hast neues Damenrad zu verkaufen. Zu erfragen im Tagblatt Riesa.

Junggefallen! Nehmt Euch für Sonnabend, den 23. September, nichts vor!

Original-Jazz-Band.

Hotel zum Stern.

Bereinsnachrichten

Rieser Sportverein e. V. Freitag 8 Uhr Spielersammlung im Park.

Berein für Volksbildung u. Kunstpflege.

Donnerstag 7 1/2 Uhr Bahnhof, Speisesaal, Vortrag: „Volksbildung und Volkskultur“. Verschied.

Deutsche Volkspartei.

Freitag, den 22. September, findet in Dresden die Aufstellung der Kandidatenliste für die kommenden Neuwahlen statt. Diejenigen Mitglieder der Ortsgruppe, welche ihre Interessen dabei persönlich geltend zu machen wünschen, wollen sich mit dem Schriftführer (Fischer) in Verbindung setzen.

Der Vorstand.

S. Hecht, Leipzig

Leibnizstr. 7 — Tel. 17175

Nur 8 Minuten v. Hauptbahnhof (Nähe Altes Theater)

Rubler p. Kilogr.	M. 170.-
Motank "	" 140.-
Reifens "	" 110.-
Geschir.-Jinn p.	" 210 bis 250
Blei "	" 60.-
Zint "	" 60.-
Bücher "	" 14.-
Zeitungen "	" 15.-

Geöffnet von 7-7 Uhr. Sonnabends geschlossen.

Bobersen.

Zuverlässige Person zum Austragen des „Rieser Tagblattes“ in diesem Orte gesucht. Passender Nebenverdienst nach Feierabend für in Riesa beschäftigte Leute. Meldungen und nähere Auskunft in der Tagblatt-Geschäftsstelle, Riesa, Goethestr. 59.

Original Champagner Sautrogen
Original Strube's Diktopf Sautweigen
ist eingetroffen.

Landwirtschaftliche Genossenschaft. Stroha.

Erteilt heute Fernsprechanruf Nr. 670.

Rohprodukten- Ein- und Verkaufsstelle

Karl Hofmann, Gröba

Rat für Frauen

Alle hygien. Artikel, Tropf. Tee, Gummiswaren etc. Bei Anfragen Rückporto erb.

O. Konietzky, Reibitz 8, Eldonienstr. 24, part. r., Gde. Eldonienstr.

Bruchfranke

könn. auch ohne Operation gebillt werd. Langf. exp. Methode. Nächste Sprechstunde i. Dresden, Pension Schäfer, Streblener Str. 8, Montag, 25.9. u. 9-1 Uhr. Spezialarzt Dr. med. Coleman Berlin W. 35.

Erdbeerpflanzen

schmelzend süße Tafelfort. empfiehl.

Alfred Böttner, Gartenbaubetrieb Riesa/Pausitz.

Mehrere gebrauchte Damen- und Herrenräder

haben zum Verkauf in der

Auto-Werkstatt F. Böhm & Co., Riesa.

Bierapparat mit Leitung

Badeeinrichtung zu kaufen gesucht. Off. unt. E 9 9440 an Tagblatt, Riesa.

Seit Herrengarderobe

sucht zu kaufen

Ein- u. Verkaufsgeschäft **Karl Hofmann, Gröba, Telefon 670.**

1 Schloß m. eht. Rahmen, 1 Paar Säule, Nr. 43, 1 schöner Rinderford m. Gefell, 1 guter Klavier-Flügel, 1 Paar 1 Paar Wildgansmaiden u. einen mod. Staubsauger verk.

Telefon Nr. 785.

Schneiderin.

Anfertigung neu. Damen-Moden, sowie Umarbeitung alter Winterachen, -Mäntel und -Kleider zu bill. Preisen. Aufträge erb. Lager Reibitz, Parade 10, Stube 7.

Emaillieren

von Fahrrädern u. Teilen aller Art in eigener Werkstatt. Reparaturen von Maschinen und Fahrrädern übernehmen, desgleichen empfehlen ihr Lager in Ersatzteilen und Zubehör

Franz & Emil Müller

Fahrrad- und Nähmaschinen-Geschäft Merzdorf Riesa Tel. 606 Tel. 607.

Fahrradgummi

solange Vorrat reicht, weil unt. heutigem Tagespreis.

Leumäntel statt M. 1000.- nur 700.- bis 800.-, alle erhalt. Marken, extra prima, statt 1120.- nur 900.-.

Schlüch

statt 330.- nur 240, 200. Reparaturen an Auto-Defen, Schläuchen und Fahrradmänteln in unserer Dampf-Wulkanfischer-Anstalt werd. schnellstens ausgeführt.

Gummi-Spezial-Vertreib

Otto Mühlbach

Riesa, Bismarckstraße 11, Gde. Schloßstraße.

frische Seefische.

Clemens Bürger.

Senfgurten

empfiehlt **H. Grubis Bismarckstr. 35a Telefon 652.**

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Die Orientreise.

Aus London wird gemeldet: Bei der gestrigen Zusammenkunft der Minister, die bis 1 Uhr nachmittags dauerte, wurde von neuem erörtert, welche Maßnahmen zu Wasser und zu Lande getroffen werden müssen. Die Minister haben ihren Beschluß bestätigt, in keinem Falle den kemalistischen Truppen zu gestatten, nach Europa hinüberzugehen, bis die Friedensbedingungen festgelegt sind. Die englische Regierung sei sich vollkommen klar, daß dies allein durch eine Flottenaktion verhindert werden kann. Von der Anwesenheit beträchtlicher französischer Streitkräfte in Tschana ist nichts bekannt. Zu der gestrigen Zusammenkunft der Kabinettsmitglieder wurden auch der Chef des Reichsgeneralsstabes Lord Cavan, der Erste Seelord Lord Beatty und der Chef der britischen Luftstreitkräfte Sir Hugh Trenchard ausgenutzt. Nach Schluß der Erörterungen wurde folgende Erklärung abgegeben: In manchen Blättern wird mitgeteilt, daß offizielle Erklärungen über die Politik im Orient, die am Sonnabend an die Presse abgegeben worden sind, nicht von der britischen Regierung als verfehlt angesehen würden. Diese Mitteilung ist unrichtig. Die Erklärung vom Sonnabend stellt die Beschlüsse des Kabinetts vom Tage ausgereicht dar und wurde mit Zustimmung aller in London anwesenden Minister veröffentlicht, damit die öffentliche Meinung im ganzen Reich in keinem Zweifel gelassen werde über die Ziele und Absichten der britischen Regierung in der griechischen Frage, im Zusammenhang mit der telegraphisch übermittelten Erklärung der Kolonien nachgesandt worden war. Das Kabinett ist sehr zufrieden mit der Unterzeichnung, die ihm zuteil geworden ist nicht nur in England, sondern auch in den Dominions. Das Reich wird nicht zugeben, daß die Ergebnisse des tapfern Kampfes und des entscheidenden Sieges seiner Schiffe auf den Schlachtfeldern des Ägyptischen Krieges preisgegeben werden.

Einer Londoner Blättermeldung zufolge wird für den Fall, daß Frankreich und Italien beschließen, Letzteren Anteil an der Verteilung der neutralen Zone im Falle eines Angriffs zu nehmen, das englische Parlament unerbittlich einberufen werden.

Der französische Ministerrat hat sich Dienstag vormittag 9 Uhr unter dem Vorsitz Millerands im Kabinett versammelt. Der Ministerpräsident berichtete von den Besprechungen, die er den Vertretern Frankreichs bei den alliierten Regierungen bezüglich der Angelegenheiten im Orient übermittelte hat. Diese Besprechungen befähigten in allen Punkten die früher von der Regierung verbürgte Politik, die den Frieden im Orient sichern soll. Nach einer Dabas-Werbung werden die englischen Botschafter Lord Harding empfangen, und wenn der Botschafter ihm amtlich den Plan unterbreitet, durch welchen eine militärische Hilfe der Alliierten gefordert wird, dann wird er wohl schwerlich die Zustimmung zu solchem Programm von Seiten Frankreichs bekommen. Poincaré habe bereits am Montag dem englischen Kabinett die Ansicht der französischen Regierung über das Gesamtproblem des Orients ausgedrückt unter Zuhilfenahme eines Abkommens betreffs Wahrung der neutralen Zone sowie der Meerengen und habe daran erinnert, daß der französische Kommissar in Konstantinopel dem Schritt seiner Kollegen beipflichtet habe. Kemal Pascha von der gemeinsamen Entscheidung der Alliierten zu unterrichten, Frankreich werde sich auch nicht verpflichten, in Zukunft militärische Kontingente zu stellen, da es von der Möglichkeit überzeugt sei, gleiche, wenn nicht günstigere Ergebnisse, durch diplomatische Besprechungen zu erzielen. Die Zusammenkunft Poincarés mit dem englischen Botschafter hat nun am Dienstag stattgefunden, worüber die „Agence Havas“ mitteilt: Die Unterredung Poincarés mit Lord Harding dauerte Dienstag nachmittag nur etwa 20 Minuten. Der britische Botschafter überreichte dem Ministerpräsidenten keine Note. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß die britische Regierung es für überflüssig betrachtet, gegenwärtig eine weitere schriftliche Mitteilung zu machen, da schon heute die Besprechungen in Paris zwischen Lord Curzon und Poincaré beginnen werden. Der britische Staatssekretär wird heute vormittag eine Unterredung mit Poincaré haben. Es ist wahrscheinlich, daß im Laufe des Nachmittags Graf Sforza zur Teilnahme an den Besprechungen aufgefordert werden wird; es ist auch möglich, daß der türkische Minister des Auswärtigen ebenfalls über die Besprechungen unterrichtet wird. Die Lage im Orient scheint sich nicht geändert zu haben. Der französische Oberkommissar in Konstantinopel Bellet ist in Smyrna angekommen, von wo er seiner Regierung einen Bericht über die Lage telegraphiert hat.

Der Vertreter der Regierung von Angora in Paris, Ferid Bey, hat dem Berichterstatter des „New York Herald“ erklärt: Die kemalistischen Truppen beabsichtigen, Tschana zu besetzen. Auf dem asiatischen Ufer der Meerengen wird keinerlei neutrale Zone von ihnen anerkannt. Sobald die kemalistischen Truppen das asiatische Ufer besetzt haben, werden sie zu Friedensverhandlungen und zur Garantierung der vollständigen Freiheit der Meerengen auch mit einer alliierten Garnison in Gallipoli, sowie des Schutzes der Minoritäten bereit sein. Der Berichterstatter läßt hinzu, die Türken seien überzeugt, daß England bei einer militärischen Unternehmung nur Griechenland und die Kolonien an seiner Seite haben werde. Wie Davos aus Angora berichtet, erklärte Ministerpräsident Poincaré in einer Rede bei der Siegesfeier: Wenn wir heute die Einnahme Smyrnes feiern, so verlangen wir nichts anderes als unser Recht. Man soll genau wissen, daß die türkische Nation nicht das geringste ihrer Rechte gegenüber der Gewalt aufgeben kann. Wie Reporter von zünftiger Seite erklärt, ist Kemal Pascha mitgeteilt worden, daß, wenn er die neutralen Zonen nicht verleihe, es nicht zum Kampfe kommen werde. Verleihe er sie aber, dann werde man nicht zurückweichen, sondern Widerstand leisten und sich schlagen müssen. Obgleich kein endgültiges Anzeichen über seine künftige Haltung vorliegt, sei jetzt bekannt geworden, daß er kurz nach seiner Ankunft in Smyrna der britischen Regierung mitgeteilt habe, daß er sich nicht als im Kriegszustand mit England befandlich ansehe. Rechtlich befänden sich alle Alliierten im Kriegszustand mit der offiziellen Türkei, aber eine Regelung der Beziehungen der Alliierten mit Mustafa Kemal sei niemals erfolgt. — Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß das Kaiser-Regiment am Sonntag in Tschana gelandet ist und daß sich dort starke Verbände der englischen Marine verhalten. Eine kemalistische Kapazitätspatrouille hat die Grenze der neutralen Zone erreicht, aber nicht überschritten.

Der Befehl der französischen Regierung an General Bellet innerhalb 24 Stunden mit der Ueberführung der französischen Truppen auf die europäische Seite der Dardanellen zu beginnen, erregt in London allgemeines Aufsehen. „Daily Express“ bezeichnet diese Meldung als eine Bombe aus Paris. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß die britischen Truppen allein die neutrale Zone verteidigen müßten. Das britische Reich sei bereit, falls sich ein kemalistischer Angriff entwickeln sollte, zur Verteidigung der Freiheit der Meerengen allein zu handeln. Die britische Regierung sehe diese Möglichkeit für so ernst an, daß sie lieber unabhängig Schritte tun werde, als die Freiheit der Meerengen bedrohen zu lassen. Diese Ansicht sei gestern abend nach den beiden langen Kabinettskonferenzen ausge-

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

Frankreich mit der Aussprache über die Reparationsfrage einverstanden.

Aus Genf wird gemeldet: Am Ende der gestrigen Abendigung des Abstraktionsausschusses des Völkerbundes wurde plötzlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Abstraktion die Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden wie überhaupt der wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedrohe, bezeichnet. Unter größter Spannung aller Delegierten erklärte de Jouvenel, Frankreich sei mit einer Aussprache über diesen Punkt einverstanden, und die französische Delegation habe bereits bestimmte Vorschläge zu der Anregung Lord Cecil's ausgearbeitet. Damit den andern Delegationen Zeit zur Stellungnahme bleibe, beantragte er, daß er bei der nächsten Sitzung die Debatte eröffne. Weniger als irgendein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben. „Schon bei meinem ersten Auftreten hier in Genf“, sagte de Jouvenel, „wies ich darauf hin, daß wir zu einem Ergebnis in der Abstraktionsfrage kommen können, wenn die Länder, die im Kriege einig waren, auch im Frieden einig bleiben. Der militärische Frieden kann nur die Folge der moralischen Verständigung sein, wie schon früher Rodière sagte, die Folge der intellektuellen Verständigung. Wenn wir zu einer Konsolidierung des Friedens gelangen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges liquidiert sein.“ — Hübner (England) dankte de Jouvenel und stellte die eingehende Prüfung seiner Vorschläge in Aussicht. Nachdem Poulet (Belgien) auf das besondere Interesse, das sein Land an der Lösung der Reparationsfrage habe, hingewiesen hatte, ging unter lebhaften Kommentaren der Delegationen, der Pressevertreter und des Publikums der Aussprache aus. Seit Montag abend seien in Genf schon Gerüchte um, daß die Dienstleistung eine bedeutsame Erklärung bringen würde. Der Antrag Lord Cecil's ist nach allem, was man hört, noch vorherigen eingehenden Besprechungen mit de Jouvenel (Frankreich) formuliert worden, wie auch die französische Delegation erst nach langen Beratungen und Zustimmung mit der Pariser Regierung an die Ausarbeitung ihrer Vorschläge herantreten ist.

Völkerbund und Orientreise. Der vorgeschriebene im 5. Aufsatz der Völkerbundsversammlung angenommenen und bereits mitgeteilte Entschuldigungsvertrag vom ersten Teil des Ramsfischen Vorschlages zugunsten der Flüchtlinge von Smyrna wurde gestern von der Völkerbundsversammlung genehmigt. Das Initiativkomitee der Völkerbundsversammlung hat beschlossen, auch den zweiten Teil des Ramsfischen Antrages auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag fordert, wie bereits gemeldet, eine Vermittlungskommission des Völkerbundes im griechisch-türkischen Kriege.

Die türkische Völkerbundsdelegation erklärte auf Antrag des in Genf weilenden Vertreters der türkischen Nationalversammlung, Mehmed Hilmi Bey, dem Völkerbund, angesichts der unerhörten Anschuldigungen gegen die Türkei eine Untersuchungskommission für die jüngsten Vorfälle nach Kleinasien zu entsenden. — Mehmed Hilmi Bey, Delegierter der türkischen Nationalversammlung, der gegenwärtig in Genf weilt, protestiert in einer Mitteilung an die Presse gegen die Anschuldigung, daß die Türken Smyrna angezündet hätten. Er erklärt, daß Griechen die Brandstifter seien.

Belgien für eine gütliche Lösung.

Wie die belgische Telegraphen-Agentur meldet, hat der deutsche Geschäftsträger Landsberg Dienstag vormittag 10 Uhr dem Minister des Auswärtigen Jaurès mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die Sechsmonatsschuld im Gesamtbetrag von 270 Millionen Mark, fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 unter Verzicht auf die zunächst verlangten Verlängerungen auf 12 und 18 Monate, zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen ist die belgische Regierung eine gütliche Lösung der kritischen Finanzlage auf den Grundtagen, die die belgischen Delegierten in Berlin aufgestellt hatten.

drückt worden, auf denen in der Hauptsache die Maßnahmen, die zu Lande, zur See und in der Luft getroffen werden müßten, erörtert worden seien. Vertikungen dieser drei Waffengattungen seien in Bewegung. Es würden weitere in England befindliche Streitkräfte vorbereitet, um sie unverzüglich nach dem nächsten Osten zu senden. Das Wort sagt weiter, man müsse sich fragen, ob die Entente diesen neuen Schlag überwinden könne. Dies sei eine ernste Frage, die sich für alle und nicht zum mindesten für Frankreich erhebe. Eine Zurückziehung der französischen Truppen, die im gegenwärtigen Augenblick so schlecht begründet sei, führe eine Krise herbei, die schwerer sei als alle bisherigen. Das sei kein Akt der Freundschaft und vermehre außerordentlich die Schwierigkeiten der Leute, die in der englisch-französischen Freundschaft die beste Hoffnung für Europa erblickten. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Express“ schreibt, niemand wolle einen neuen Krieg, nicht einmal Mustafa Kemal Pascha. Das britische Reich habe jedoch das größte Interesse an der Freiheit der Meerengen. Dies sei ein Grundlag, der ebenso unerrückbar sei wie der Felsen von Gibraltar. Eine Garantie an die Mächte, daß die Meerengen offen gelassen werden, genüge nicht, es sei eine Kontrolle nötig.

In einem Leitartikel richtet „Daily Mail“ auferordentlich heftige Angriffe gegen die Regierung, insbesondere gegen Lloyd George. Das Blatt fragt, wie die Regierung es wagen könne, England in einen neuen kostspieligen, verhängnisvollen Krieg zu verwickeln, ohne erst das Parlament zu befragen. Lloyd George spiele mit den patriotischen Regungen der Dominions, die von ihm zum Narren gehalten würden. Sie sollten nicht einen einzigen Mann und nicht ein einziges Geschütz nach der Türkei senden. Lloyd George sehe seine Orientpolitik in Trümmern. Er habe alle, einen nach dem anderen, verraten und Griechenland ruiniert. Zu einer Zeit, wo die Steuern, Handel und Industrie lahm liegen, habe der Premierminister versucht, der Nation neue Lasten aufzubürden. Wie lange sei solche Willkürregierung noch zu ertragen? „Daily Chronicle“ schreibt, zu den Verurteilungen eines Teiles der britischen Presse, zur Zeit einer auswärtigen Krise die Nation zu spalten und durch eine illogische und unaufrichtige Demagogie über einen neuen Krieg ihre Ziele zu verwirklichen und ihren Willen zu schwächen, sei zu sagen, die Regierung suche keinen neuen Krieg, sie spanne im Gegenteil jeden Nerv an, um den Krieg zu vermeiden.

Sozialdemokratischer Parteitag. Sollmann (Köln) befürwortet Resolutionen, wonach die massenhafte Verarbeitung von Getreide, Kartoffeln,

Haence Belgie meldet aus Brüssel: Nachdem der deutsche Geschäftsträger Landsberg Dienstag vormittag dem Minister des Auswärtigen Jaurès die Mitteilung über die Bereitschaft der Deutschen Reichsbank zur Garantierung der Sechsmonatsschuld überbracht hatte, empfing der Minister den französischen Botschafter de Margerie und den englischen Botschafter Sir D. Grahame, denen er das Ergebnis der Verhandlungen mitteilte.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Wie wir hören, hat das belgische Kabinett dem Reichsbank mitgeteilt, daß die belgische Regierung mit der Garantierung der deutschen Sechsmonatsschuld durch die Reichsbank einverstanden sei. Damit ist das sechsmonatige Moratorium für die seit dem 15. August fälligen und nicht geleisteten Reparationsraten von insgesamt 270 Millionen Goldmark bewilligt worden. Die belgische Regierung dürfte jetzt sofort nach dem Eingang der ersten Sechsmonatsschuld (für die Termine des 15. August und 15. September) eine entsprechende offizielle Mitteilung an die Reparationskommission ausgeben lassen. Infolge der internen Abmachungen der Reichsbank mit der Bank von England, die halt Belgien die 18monatige Prolongation der Sechsmonatsschuld auf sich genommen zu haben scheint, dürfte die Reichsbank in den nächsten Monaten nicht vor die Notwendigkeit gestellt sein, wie bisher fortgesetzte Devisenkäufe zu tätigen.

Die Abmachungen zwischen Reichsbank und Bank von England.

Ueber den Abschluß der Verhandlungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England werden heute in englischen Bankkreisen folgende Einzelheiten bekannt: Das Reich hat sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, dieselbe während 18 Monate, vom 15. August 1922 bis zum 15. Februar 1923 monatlich 15 Millionen Goldmark zur Verfügung zu stellen zum Zwecke der Abdeckung der Reparationsschuld. Die Verhandlungen dazwischen mit der Bank von England wurden notwendig, weil Belgien bei den Berliner Besprechungen die 270 Millionen Goldmark nicht 18 Monate, sondern nur 6 Monate hundert wollte, wie dies die Reparationskommission festgesetzt hatte. Die deutsche Regierung hat nun auf Grund des in den Verhandlungen aufgestellten Finanzplanes der belgischen Regierung vorgeschlagen, die 270 Millionen Mark in fünf je sechs Monate laufenden Zahlungen von 3 mal 50 und 2 mal 60 Millionen Goldmark zu zahlen, deren erste am 15. Januar 1923, deren letzte am 15. Juni 1923 wieder voll eingeleistet sein werde. Die Einlösung ist folgendermaßen gedacht: Die ersten beiden Raten vom 15. Januar und 15. Februar 1923 kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England garantierten und geleisteten 100 Millionen Goldmark bezahlen, für die neben der Reichsbank das englische Depot der Reichsbank von 50 Millionen Goldmark als Sicherheit gilt. Die weiteren Raten von 50, 60 und 60 Millionen Goldmark hat die Reichsbank bis 15. Juni 1923 auf Grund der bis dahin durch die Zahlung des Reiches aufgesammelten 11 Monatsraten von je 15 Millionen Goldmark bis auf einen kleinen Rest von 5 Millionen Goldmark einzulösen. Alle weiteren vom Reiche an die Reichsbank erfolgenden Goldzahlungen der nächsten acht Monate dienen der Reichsbank dazu, der Bank von England die geleisteten 100 Millionen wieder zurückzugeben. Neben diesem reinen Zahlungsplan steht als weitere Aktion der Reichsbank bei der Bank von England die Tatsache, daß die Bank von England wahrscheinlich die beiden ersten mit dem Datum des 15. August und 15. September 1922 an Belgien auszugebenden Schatzscheine diskontiert, jedoch Belgien schon jetzt in den Besitz von barem Geld gelangt. Die Schatzscheine, die dann bei der Bank von England ruhen und die am 15. Januar und 15. Februar 1923 an sich abgelassen sind, werden in diesem Zeitpunkt an von der Bank von England in Höhe von je 50 Millionen Mark gestundet. — Da sowohl die Bank von England wie die Reichsbank keine Einzelheiten des Abkommens veröffentlichten, war an ausländischer Berliner Stelle eine Übersetzung über die vorliegende Meldung nicht zu erlangen.

Obst und Zucker zur Deckung geistiger Getränke mit dem großen Mangel an Nahrungsmitteln in Deutschland unvereinbar ist. Der Redner vertritt sich dann über die Wucherfrage und warnt, nicht immer nur auf die Wucherer zu schimpfen, die mehr als andere produktive Arbeit leisteten. Der Zucker lasse sich durch eine Hebung der Produktion bekämpfen. In der Lage, in der sich das unterdrückte Deutschland jetzt befindet, kann auch die deutsche Arbeiterklasse ein Stück Nationalsozialismus gebrauchen. Die deutschen Sozialdemokraten müssen lernen, die Worte Deutschland und Vaterland aus innerem Herzen heraus zu sprechen, denn sie sind die staatshaltende Partei. (Beifall.) Wie Jaurès zugleich ein glühender Patriot und Internationalist war, so muß diese Synthese von Nationalem und Internationalem auch in der deutschen Sozialdemokratie durchgeführt werden. (Beifall.) Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt wandte sich ganz entschieden gegen die Ausführungen von Knapp, der die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie, Sozialisierung und Erhaltung der Sachwerte, als Schlagworte abtun wollte. Wenn wir nur demokratische Forderungen aufstellen wollten, dann brauchen wir nicht Sozialisten zu sein, denn Demokraten finden wir auch in den bürgerlichen Parteien. Als Sozialisten können wir Rettung nur sehen in der Abkehr des kapitalistischen Systems durch die sozialistische Gemeinwirtschaft. Darum ist die Forderung der Sozialisierung kein Schlagwort. Die Durchführung dieser Forderung scheitert nur an den politischen Machtverhältnissen. Die wirtschaftliche Macht der Landwirtschaft und der Großindustrie ist so gewachsen, daß es wirklich keine unbillige Forderung ist, wenn man von diesen großen Sachgüter besitzenden Gruppen einen Anteil für die Allgemeinheit, für das Reich verlangt. Die wirtschaftliche Macht hat diesen Gruppen auch eine politische Macht verschafft, wie wir sie in solchem Umfange noch nie erlebt haben. Wir dürfen nicht die Bauern dadurch gewinnen wollen, daß wir ihnen auf Kosten der Verbraucher ihre hohen Preisforderungen bewilligen. Die Landwirtschaft ist heute entschuldigt, da sie es wirklich nicht angetan, den Agrariern auf Kosten der Verbraucher beizuspringen.

Der sächsische Wirtschaftsminister Bellisch begrüßt es, daß Robert Schmidt die ganze Oberflächlichkeit Sollmannscher Betrachtungsweise aufgedeckt habe. Sollmann habe mit Argumenten gearbeitet, die den Sozialdemokraten von den Agrariern entgegengestellt werden. Den Bauern geht es heute so gut, weil wir den Krieg gehabt haben; Sollmann habe auch den gefunden nationalen Gedanken an einem Nationalismus verzerrt, den wir nicht mitmachen können. Größtes Verbrechen betäupft allefalls die Aus-

fürungen Sollmanns und fordert klare Festlegung der wirtschaftspolitischen Forderungen, damit es nicht vorzukommen könne, daß auf einem sozialdemokratischen Parteitag Sozialisierung und Sachwertverteilung als Schlagworte bezeichnet werden können.

Sollmann (Hamburg) begründet eine Entschleunigung zur Schulfrage, die den Parteivorstand auffordert, zu prüfen, wie durch eine organisatorische Zusammenfassung der sozialdemokratischen Elternverbände die Grundlage für eine sozialdemokratische Elternorganisation geschaffen werden kann. Der Redner erklärte, das Weimarer Schulkompromiß sei ein Produkt des Erlahmens der revolutionären Energie gewesen. Die Sozialdemokratie könne dieses Kompromiß nicht verteidigen. Nach seiner Meinung sei das vom Reich zu erwartende Schulgesetz, die Lehrerschaft müsse befreit werden von dem Terror der widerrechtlich gestifteten Gewerkschaften.

Interessant war die Rede von Bernke, der besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse besprach und ausführte, die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktion könne man nicht deshalb leugnen, weil sie auch von der Stinnes-Bresse gefordert werde und weil sie dem Unternehmer zugute komme; sie sei auch für die Arbeiterklasse eine Notwendigkeit. Man müsse sich hüten, aus Stinnes einen Rinderstreich zu machen. Er sei kein Uebermenschen und auch kein Ueberpolitiker und spiele vor allem in der Deutschen Volkspartei nicht die ausschlaggebende Rolle, die man ihm zuschreibt. Die Lehren von Marx würden häufig zu primitivem Ausgang führen. Wenn einzelne Kräfte die Wiedereinführung des Gelernten Programms verlangen, so müsse darauf hingewiesen werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich doch anders vollziehen werde, als in diesem Programm festgelegt wurde. Die Sozialisierung sei gewiß kein bloßes Schlagwort, aber sie sei nicht so leicht durchzuführen, da sie eine Summe von verschiedenen Maßnahmen ist, die einzeln die Macht des Kapitals einengen müßten. Dieser langsame Fortschritt brauche nicht pessimistisch zu klingen, wenn man die große Aufgabe, um die es sich handelt, erkenne.

Der Sozialdemokratische Parteitag hat einen Antrag über die Einleitung eines Ausschusses für die Neugliederung des Reiches angenommen, desgleichen einen Antrag zur energischen Bekämpfung des Wuchers. Nach dem angenommenen Antrag Wegscheider wird die Reichstagsfraktion verpflichtet, dem Reichsschulgesetz nach Art. 146 der Reichsverfassung nur im Sinne einer ehrlichen Durchführung der Reichsverfassung zuzustimmen, aber auch die schleunige Verabschiedung eines solchen Gesetzes oder eines Notgesetzes für die Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu fördern. Die Reichstags- und Landtagsfraktionen, besonders die preussische, werden weiter verpflichtet, mit allen Mitteln für die Durchführung der in der Reichsverfassung geforderten Neuordnung der Lehrerbildung zu wirken. Der Parteitag nahm ferner einen Antrag an, der das Verhalten solcher Genossen bedauert, die gegen den Achtstundentag sprechen oder schreiben, ferner einen Antrag zum Falle Pensch, nach dem die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar sein soll. Die Anträge auf Ausschluß von Kriegervereinigungsmitgliedern wurden abgelehnt. Angenommen wurde noch ein Antrag des Parteivorstandes, der von den Parlamenten der Einzelstaaten sowie von der Reichstagsfraktion fordert, jedes parlamentarische Mittel zu benutzen, um die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der verfassungsmäßigen republikanischen Regierung zu machen.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung erstattete Abg. Vogel (Münster) den Bericht der Reichstagsfraktion, an den sich eine lebhafte Aussprache angeschlossen.

Oberschlesische Wünsche.

Aus Reuthen wird gemeldet: Der oberchlesische Stadtag faßte in seiner 35. allgemeinen Versammlung in Klattow einstimmig eine Entschleunigung über den Wiederaufbau Oberschlesiens, in der er u. a. folgende Voraussetzungen für unbedingt erforderlich hält: Umgehende Auszahlung der Anteile der Reichseinkommensteuer, Gewährung von Beihilfen zur Befriedigung dringender Baubedürfnisse, restlose Erstattung aller persönlichen und sachlichen Aufwendungen der Gemeinden, in Ausführung des Genfer Abkommens beschleunigte und endgültige Einteilung der Stadt- und Landkreise an der neuen Grenze, energische Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, Bekämpfung des Verbrechertums, Beschaffung von Wohnungen für Flüchtlinge durch den Staat, Uebernahme sämtlicher Kosten für Wohnungsbauten für die Reichs- und Staatsbeamten und für Flüchtlinge, Bericht auf Nachhebung der Reichseinkommensteuer auch für 1921 und 1922, weitreichendes Entgegenkommen gegenüber der Verstaatlichung hinsichtlich der Ausschließung neuer Kohlenfelder für die Eisenindustrie, Vergünstigung der Erziehung der durch die Genfer Entscheidung notwendig gewordenen Neuanlagen, Ausbau der Wasserkraft zur Gewinnung elektrischer Kraft durch den Staat, Uebernahme der Wasserversorgung des oberchlesischen Industriebezirks

Geläufige Hoffnungen.

Roman von Erwald Aug. Müdig. 46

„Was sollen diese Worte bedeuten?“ fragte er. „Siehst Du ein Unrecht darin, daß ich Dora liebe?“

„Darin nicht,“ antwortete Ferdinand, der hochausgerichtet den beiden gegenüberstand, „aber daß Dora Dich hier besucht.“

„Erlaube, auch diesen Vorwurf muß ich zurückweisen,“ unterbrach der Baron ihn kühl. „Dora ist meine Braut, daß wir unsere Verlobung einstweilen noch streng geheim halten müssen, wilst Du begreiflich finden, wenn Du die Verhältnisse unparteiisch bedenken willst. Ich muß vor allen Dingen mir die Einwilligung meines Vaters zu verschaffen suchen, erst wenn ich diese habe, darf ich Dora öffentlich als meine Braut bezeichnen.“

„Und wenn es Dir nicht gelingt, sie zu erhalten?“ fragte Ferdinand scharf.

„Dann werde ich gegen seinen Willen die Braut als meine Gattin heimführen.“

„Und Dir wie ihr ein Leben voll Sorge und Elend bereiten. Ich keine Dir besser, Paul, Du wirst das nicht tun, Du wirst eher auf Dora, als auf das Majorat verzichten, und ich nehme Dir das nicht übel. Denn was wolltest Du beginnen, wenn Dein Vater Dich verstoße? Arbeiten kannst Du nicht.“

„Das sind unnütze Sorgen,“ fiel Dora ihrem Bruder in die Rede, „so weit kann und wird es nicht kommen!“

„Mit Dir rede ich später noch,“ fuhr Ferdinand fort. „Du bist ein unerfahrenes Ding, das die Gefahr nicht kennt, in die es sich leichtfertig begibt. Du brauchst auf Deine Familie die Rücksicht nicht zu nehmen, die Paul in Bezug auf seinen Vater geltend macht. Ihr kommt den Vater und mich in Euer Geheimnis einzuweihen, Ihr mühtet es, dann stand unser Haus Euch offen, und Du hättest nicht nötig, durch Deine Besuche hier Deinen Ruf aufs Spiel zu setzen. Diese Besuche hättest Du nicht dulden dürfen, Paul, die Ehre Deiner Braut auch Dir so hoch, ja noch höher stehen, wie die eigene Ehre!“

„Und was sagt Dir, daß dies nicht der Fall ist?“ drängte

durch den Staat, Dezentralisierung der Verwaltung der vom preussischen Staat in Aussicht genommenen Aktiengesellschaft. Leituna der oberchlesischen Staatsbetriebe von Oberschlesien aus, Verbesserung der Eisenbahnverbindungen und des Eisenbahnverkehrs, u. a. beschleunigter Umbau des Grenzbahnhofs Reuthen, Ausbau des Ober- und Rindnickkanals, Einführung von Dorortkarren im Industriegebiet, Einführung von Sonntagskarren, Unterstützung der Theater, Museen und Volkshochschulen, Einrichtung von Nachschulen und Fachanstalten zur Pflege von Kunst und Wissenschaft, Berücksichtigung Oberschlesiens bei etwaiger Errichtung neuer Hochschulen und für die nächste Zeit vollkommener Ausbau der Technischen Hochschule in Breslau.

Aufgelöster Verein. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik den Verein oberchlesischer vaterländischer Soldaten aufgelöst. Der Verein hat sich nach seinen eigenen Sitzungsprotokollen seitlich als eine Ortsgruppe des bereits am 30. Juni aufgelösten Verbandes nationalgesinnter Soldaten dargestellt.

Die Bismarckhütte wieder in Betrieb gesetzt.

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur wurde in einer Konferenz der Direktion der Bismarckhütte mit dem Minister Darowski und dem Wojewoden Rymer die Hüttenleitung veranlaßt, die infolge der letzten Vorfälle geschlossene Hütte am Donnerstag wieder in Betrieb zu setzen.

Die Gewerkschaften und das Stinnes-Abkommen.

Eine Anzahl von Gewerkschaftsvertretern hatte gestern mit dem Reichskanzler eine Besprechung über das Stinnes-Suberac-Abkommen. Es wurde vereinbart, daß im Wiederbauministerium eine eingehende Aussprache über die Angelegenheit erfolgen soll.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Die von der Reparationskommission zunächst auf 1725 000 Tonnen monatlich festgesetzt waren, sind nach einer Meldung des Berliner Lokalans. aus Berlin schließlich für August bis Oktober auf monatlich 1610 000 Tonnen vermindert worden.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Volkspartei und Zentrum.

Dr. Schiffer hielt gestern in einer demokratischen Versammlung in Weimarerode eine Rede, in der er zur Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Volkspartei und Zentrum ausführte, die Grundbedingung müsse ein klares Bekenntnis der Volkspartei zur Republik sein. Es sei eine Verleumdung, in der Arbeitsgemeinschaft einen beginnenden Bürgerkrieg zu sehen. Gemeinsam mit den vereinigten Sozialdemokraten müsse die Arbeitsgemeinschaft eine verbreitete Basis für die Verfassung sein.

Besprechungen über die Erhöhung der Beamtenbezüge.

Im Reichsfinanzministerium wurden gestern nachmittags Vorbereitungen mit den Führern der Spitzenorganisationen veranstaltet, um die für morgen festgesetzte Aussprache über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter vorzubereiten.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik

trat Dienstag vormittag zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Ogenes, eröffnete die Sitzung, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß die Arbeit des Staatsgerichtshofes dem deutschen Volke und dem ganzen Vaterlande zum Segen gereichen, und daß der Staatsgerichtshof sich das Vertrauen des deutschen Volkes erwerben werde. Was an den Mitgliedern liege, um dieses Ziel zu erreichen, solle geschehen. Darauf erfolgte die Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Damit war die öffentliche Sitzung beendet. Sodann wurden in geheimer Sitzung Verwaltungsfragen beraten. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Aus Weisig wird ferner gemeldet: Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat gestern das Verbot des „Göttinger Tageblatts“ aufgehoben. Der Termin für den Ratenaufbruch ist endgültig auf den 3. Oktober festgesetzt worden.

Zum Ratenaufbruch melden die Berliner Blätter aus Leipzig, daß die der Bequingung zum Morde Angeklagten, der Garagenbesitzer Schütz und Diebel gegen eine Kaution von einer Million M. bezw. 1300000 M. vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen worden sind.

der Baron auf, der das Zimmer in sichtbarer Erregung mit großen Schritten durchmaß. „Dir hätte ich vielleicht das Geheimnis mitteilen können, aber Armin Vater darf ich es nicht berichten, denn ich weiß nicht, ob ich mich auf seine Verschwiegenheit verlassen kann. Dein Schwager steht mir feindlich gegenüber, er ist von meinem Vater zu meinem Sachverwalter ernannt worden, er würde meine heimliche Verlobung unverzüglich nach Lindenwalde berichten. Das darf nicht geschehen, ich selbst muß zuerst meinem Vater diese Mitteilung machen, zwischen ihm und mich soll und darf kein Fremder treten.“

„Ost Du sie ihm noch nicht gemacht?“ fragte Ferdinand, dessen Linnut eher zu, als abnahm.

„Nein.“

„So muß ich Dich bitten, es heute noch zu tun! Ich glaube, die Antwort bereits zu kennen, die Du erhalten wirst.“

„Diese Antwort, von augenblicklicher Erregung diktiert, ist keinesfalls maßgebend für mich. Dora weiß, daß wir einen schweren Kampf kämpfen müssen, wir sind beide entschlossen, bis zum Ende geduldig auszuhalten.“

„Nun wohl, wenn dies Euer erster Entschluß ist, so will ich keine Einwendungen dagegen machen und nichts tun, was Euch diesen Kampf erschweren könnte.“ sagte Ferdinand nach kurzem Nachdenken, „aber mit diesen Geheimnissen bin ich nicht einverstanden. Schreibe Deinem Vater und bewaise Deinen ehelichen Willen durch die Veröffentlichung Deiner Verlobung.“

„Das kann ich jetzt noch nicht,“ fiel Paul ihm in die Rede, „ich muß damit warten, bis der erste Sturm vorüber ist.“

„Nun, dann müßt Ihr beide auch getrennt bleiben, bis dieser Zeitpunkt gekommen ist,“ fuhr Ferdinand fort.

Dora hatte verflohen mit ihrem Verlobten einen verständnisvollen Blick gewechselt, den Ferdinand nicht bemerkte, sie wollten scheinbar nachgeben.

„Rein Baum fällt auf den ersten Hieb,“ sagte Paul, während Dora sich erhob, um Hut und Mantel anzulegen. „Die erste Antwort Papas wird nicht auftrumpfend lauten, seine

Der Handelsvertragsvertrag gegen den ehemaligen Privatsekretär Kurt Eißner, den Kaufmann Hechenbach, sowie gegen den Herausgeber der Internationalen Korrespondenz in Berlin, Dr. Gargus, und den Münchener Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Gembe beginnt laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ vor dem Volksgericht in München am 3. Oktober.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Städtetag. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hielt am Sonnabend eine Sitzung in München ab. In der Frage der Kohlenverorgung wurde ein Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: Der Deutsche Städtetag fordert, daß zum Zwecke einer dem notwendigen Bedarf entsprechenden Eindeckung der Städte schleunigst die nötigen Vorräte ausgewiesen werden und zugleich die rechtzeitige Zuführung durch die Eisenbahn sichergestellt wird, wenn nicht die schlimmsten Folgen eintreten sollen. Einen dreiten Raum nahmen die Erörterungen über die Finanzlage der Städte ein. Die bisherigen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium hätten nur Ergebnisse gezeigt, in denen der Vorstand des Städtetages eine befriedigende Lösung des Finanzausgleichs nicht erblicken kann. Um die augenblicklichen Kassenverhältnisse der Städte zu beheben, soll eine Verdoppelung der vom Reichsfinanzministerium in Aussicht gestellten allgemeinen Vorschüsse und deren Zahlbarkeit bis spätestens Ende September beantragt werden. Bezüglich des Ernährungswesens wurde beschlossen, mit der Reichsregierung schleunigst in Verhandlung zu treten über Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung der Armen und der in öffentlicher Fürsorge stehenden Minderbemittelten. Der Vorstand hält ferner die Vereinfachung des Unterstufungswezens auf den verschiedenen Gebieten für notwendig und beauftragt seinen Wohlfahrtsausschuß mit der weiteren Ausarbeitung neuer Vorschläge.

Luftverkehr London-Berlin. Gestern nachmittags gegen 3 Uhr ist das erste Verkehrsflugzeug London-Berlin auf dem Flughafen Staaken bei Berlin gelandet.

Der Oberkasseler Fall endgültig geklärt. In die Oberkasseler Angelegenheit hat der offizielle Befund jetzt völlige Klarheit gebracht. Der belagerte Unteroffizier hat Selbstmord verübt, nachdem er den Wachposten erschossen hatte. Trostreden haben, wie die „N. N.“ melden, die Befehlshaber am Montag nachmittags den Oberkasseler Oberwachmeister Ehrlich und sieben weitere Offiziere — darunter mehrere Sipobeamte — gehalten. Der Einspruch des Bürgermeisters ist unter vielen Schikanen bisher ohne Erfolg geblieben.

Die Deutschnationalen zum Beamtengesetz. Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hat bei ihrer Tagung am 14. und 15. September zur Frage des Beamtengesetzes folgende Entschleunigung angenommen: Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei bedauert, daß durch das gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommene Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik die durch die Weimarer Verfassung gewährleistete Meinungsfreiheit der Beamten wesentlich beschränkt wurde. Schon jetzt — wenige Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes — treten die von den Deutschnationalen bei seiner Beratung vorausgesehenen schädlichen Folgen in Erscheinung. Insbesondere wird das Gesetz dazu mißbraucht, Deutschnationalen Beamten und Lehrern nicht nur in ihren dienstlichen Hindernisse zu bereiten, sondern sie auch aus ihren Stellungen zu verdrängen. Solchem Mißbrauche des Gesetzes wird die Deutschnationale Volkspartei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie fordert die ihr angehörenden Beamten und Lehrer auf, der Parteivertretung jeden derartigen Fall unverzüglich mitzuteilen. Die Partei betrachtet den Schutz der Beamten und Lehrer als eine ihrer vornehmsten Pflichten. Sie erwartet ihrerseits von den Beamten und Lehrern, daß sie sich durch die gegen sie betriebene Debe nicht beirren lassen, sondern treu zur Partei halten.

Tschekoslowakei.

Lohnabbau. Die Verhandlungen über die Herabsetzung der Lebensmittelpreise und die gleichzeitig geführten Verhandlungen der Industrie mit der Arbeiterchaft sind jetzt durch die Verhandlungen der Banken mit ihren Angehörigen ergänzt worden. Die Banken nehmen in Aussicht, die Feuerungszuschläge mit dem 1. Januar 1923 um 25% herabzusetzen. Zwischen Vertretern der Textilindustrie und der Arbeiterchaft finden ebenfalls in den nächsten Tagen Besprechungen statt, um über einen neuen Lohnvertrag zu verhandeln, wobei die Industrie die Löhne um 30% herabsetzen will. Die Arbeiterchaft verweist dagegen auf die Verringerung der Produktion, die in den letzten Monaten um 70% gesunken ist und erklärt, wenn nicht eine teilweise Beschäftigung der Arbeiter verbürgt werde, an eine Lohnreduktion nicht gedacht werden könne.

Einwilligung erwarte ich zumeist von einer persönlichen Vorstellung. Wer Dora kennen lernt, muß sie auch lieb gewinnen, und da wir beide wissen, daß wir nicht mehr von einander lassen können, so bin ich meines Sieges gewiß. Von Dir erwarte ich Verschwiegenheit, Ferdinand, und dies um so zuverlässiger, weil Du uns die Versicherung gegeben hast, daß Du dem Willen Deiner Schwester nicht entgegenstehst.

„Wenn Ihr meinen Bedingungen Euch fügen wollt —“

„Sie wären zu hart, wolltest Du jede Zusammenkunft uns verbieten. Die häßliche Welt kann nichts darin finden, wenn Du mit Deiner Schwester mich besuchst, willst Du mir versprechen, das öfter zu tun?“

„Sei es denn,“ entgegnete Ferdinand, indes die beiden in eine Fensterstube traten, um Abschied von einander zu nehmen, „ich verlange nur, daß alles vereinbart wird, was Dora ins Veredre bringen kann. Dora weiß selbst, wie nötig das ist, unser Onkel und unser Schwager ahnen schon Euer Geheimnis, lange kann es ihnen nicht mehr verschwiegen bleiben.“

„Und wenn sie es erfahren, so stehen sie vor einer Tatsache, die sie nicht ändern können!“ fiel Dora ihm ins Wort die inzwischen Zeit genug gefunden hatte, sich mit ihrem Verlobten über die nächste Zusammenkunft zu verständigen. „Deine Verschwiegenheit hat auch keine Berechtigung, ich füge mich nur, weil ich Verschwiegenheit von Dir fordere mich. — Wollen wir auf den Sonnenschein hoffen, der diesen dunklen Tagen bald folgen wird.“ fuhr sie fort, indem sie mit einem viel sagenden Blick dem Baron noch einmal die Hand reichte, „er soll uns für alles entschädigen.“

Ferdinand bot ihr den Arm und führte sie hinaus, Baron Paul begleitete sie bis zur Treppe, sie sahen beide nicht das halb spöttische, halb triumphierende Lächeln, mit dem er ihr nachblickte.

„Du eignest Dich vortrefflich zum Spion!“ flüchte Dora als sie das Haus verlassen hatten. „Dah mir ein Zufall Dir unser Geheimnis verraten haben soll, wirst Du mich nicht glauben machen, die Absicht des Spionierens lag zu klar am Tage.“